

Der Grundstein.

Offizielles Wochenblatt für die deutschen Maurer und verw. Berufsgenossen.

Obligatorisches Organ für die Mitglieder des Zentral-Verbandes der Maurer Deutschlands, der Stukkateure und verwandten Berufsgenossen,

sowie der

Zentral-Krankenkasse der Maurer, Gipsler (Weißbinder) und Stukkateure Deutschlands „Grundstein zur Einigkeit“.

Herausgeber und verantwortlicher Redakteur: Johann Staniagt in Hamburg.

Das Blatt erscheint zum Sonnabend jeder Woche. — Der Abonnementspreis beträgt pro Quartal M. 1.— ohne Bestellgeld, bei Zusendung unter Kreuzband M. 1.40.

Anzeigen die dreispaltige Zeitzeile ober deren Raum 15 A. — Postkatalog Nr. 2788.

Redaktion und Expedition: Hamburg, St. Georg, Neue Brennerstraße 19, zweite Etage.

Inhalt: Eine arge Hege gegen die Sozialdemokratie. — Wirtschaftlich-soziale Rundschau. — Anstifter und Sozialreform. — Gewerkschaftliche Angelegenheiten. Ein Eingekländer. Vom Bau des Nord-Ostsee-Kanals. Aus Ungarn. — Situationsberichte. — Eingekländer. — Gerichts-Chronik. — Verschiedenes. — Literarisches. — Briefkasten. — Feuilleton: Der Anarchismus, seine Theorien und Geschichte.

Eine arge Hege gegen die Sozialdemokratie

Ist in der letzten Zeit entbrannt. Den Anlaß dazu haben mehrere Vorkommnisse gegeben. Zunächst der Berliner Bier-Bojkott. Die Ursache desselben ist, daß die vereinigten Brauereien den Versuch machten, die gewerkschaftliche Organisation der Arbeiter Berlins zu durchbrechen und die Sozialdemokratie einmal „gründlich“ die Macht des Kapitals fähig zu lassen. Aber die Arbeiter Berlins waren auf dem Posten. Sie nahmen zum Kampfmittel des Boykotts ihre Zustucht und trafen damit die Brauereibesitzer sehr schwer. Da war nun selbstverständlich gleich Staat und Gesellschaft in Gefahr. Die kapitalistische Presse begann das alte bekannte Spiel; sie rüst nach der Hilfe der Polizei, der Justiz, der Gesetzgebung zur Bekämpfung der Sozialdemokratie. Die offiziöse „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ kommt auf die Verschärfungen des § 153 der Gewerbeordnung zurück, welche die Regierung vor zwei Jahren in Voranschlag gebracht hatte, die aber vom Reichstage abgelehnt wurden. Sie kündigt zwischen den Fellen die Wiedereinbringung dieser Vorlage an.

Die konservative „Kreuzzeitung“ verlangt ein gesetzliches Verbot des Boykotts, wie das fast alle bürgerlichen Blätter thun und bringt dazu folgende beachtenswerthe Auslassungen:

„Die Kraftprobe der sozialdemokratischen Partei gegen die Berliner Brauereien hat nicht nur eine politische, sondern auch eine wirtschaftliche Bedeutung erlangt, seit sich einzelne und ganze Gruppen von Arbeitgebern aus anderen Industriezweigen den angegriffenen Brauereien angeschlossen haben und der Gedanke eines allgemeinen Schutzbündnisses der Arbeitgeber gegen die sozialdemokratische Arbeiterpartei überaus schnell Anklang findet. Der Gedanke liegt, so zu sagen, in der Luft. Wenn die sozialdemokratischen Fachvereine der Oberleitung der Partei sich unterstellen und auf deren Befehl durch Streiks und durch die Herausforderung blutiger Abwehrmaßregeln die Unzufriedenheit und das „Flehen der Massen“ vergrößern helfen müssen, so bleibt eben den angegriffenen Arbeitgebern eben nichts Anderes übrig, als sich ebenfalls zu organisieren, der Gewalt Gewalt entgegenzusetzen.“

Wird der Kampf der sozialdemokratischen Partei gegen das Unternehmertum in der bisherigen Weise fortgesetzt, so werden wir es wohl erleben, daß dieses die Rücksicht auf das Wohl der Arbeiter bei Seite setzt und nur noch Arbeiter beschäftigt, die sich als Nichtsozialdemokraten ausweisen können. Zunächst hat die Umsturzpartei noch einen Vorteil dadurch, daß sie selbst ihre Anhänger kennt, während diese den Arbeitgebern zum großen Teile unbekannt sind. Die Vorherrschaft der Arbeitergesetzgebung verhindern oder erschweren wenigstens die Anlegung von „schwarzen Listen“ der organisierten Sozialdemokraten. Ein absolutes Hindernis, sie denn doch anzulegen, besteht aber nicht. Mit einigem Gelde lassen sie sich herstellen. Und dann wird dem sozialdemokratischen Boykott einzelner Betriebe der kapitalistische Boykott aller sozialdemokratischen Arbeiter folgen. Der Sieg der Unternehmer könnte wohl kaum zweifelhaft sein.

„Um die paar Brauereien und ihre inneren Verhältnisse handelt es sich schon lange nicht mehr. Gestaltet man die Boykottierung der Arbeitgeber, so muß man auch die Boykottierung der Arbeiter als notwendige Schutzmaßregel betrachten. Und beides ist doch unvereinbar mit dem europäischen Begriff eines geordneten Staatswesens.“

Man muß staunen über solch ein Unmaß niederträchtigster Heuchelei! Das Recht, vom Kampfmittel des Boykotts Gebrauch zu machen, hat unsere Partei aus der Thatfache herleiten können, daß unsere

Gegner seit Beginn der sozialdemokratischen Bewegung den Boykott in rückwärtsgeleiteter Weise gegen mißliebige Arbeiter und gegen unsere Partei anwenden.

Man denke an das System der schwarzen Listen, welches die Unternehmerschaft schon seit halb dreißig Jahren übt! So lange schon ist die Verurteilung, die Boykottierung der Arbeiter durch die Unternehmer gestattet gewesen und, nicht selten mit behördlicher Unterstützung, in brutalster Weise geübt worden. Trotzdem thut die fromme „Kreuzzeitung“ so, als müsse man jetzt auch den Unternehmern die Boykottierung der Arbeiter „als notwendige Schutzmaßregel“ gestatten!!! Und als könnten die Unternehmer jetzt erst auf das System der schwarzen Listen verfallen!!! Andere Blätter fordern geradezu ein neues Sozialistengesetz.

So das Bismarck-Organ, die „Hamburger Nachrichten“, welches dazu bemerkt: mit dem bloßen Niederstimmen der Sozialdemokratie sei es nicht getan; hinzukommen müsse „das Verbot, das Gift der Umsturzagitatorien zu verbreiten.“

Eine außerordentliche Verschärfung hat diese irrwahrscheinliche Hege durch ein Ereigniß von weittragender politischer Bedeutung erfahren. Am 24. Juni wurde in Honn der Präsident der französischen Republik, Carnot, durch einen Italiener, Caserio, der als Anarchist bezeichnet wird, ermordet. Unsere Leser werden sich über diesen Vorfall aus den Tagesblättern unterrichtet haben. Damit war den sogenannten „Ordnungsparteien“ ein neuer Vorwand gegeben, ihre Wuth an der Sozialdemokratie auszulassen.

Zwar hat der Anarchismus mit der Sozialdemokratie nicht das Geringste gemein; er ist vielmehr, wie wir das schon öfter ausgesprochen haben, ein legitimes Kind der bürgerlichen Gesellschaft, des Kapitalismus. Aber das hindert die gegnerische Presse nicht, den Sozialismus für die Unthaten der anarchoistischen Verdrähten verantwortlich zu machen. Sie wissen sehr wohl, daß sie dem Anarchismus mit Gewaltmaßregeln nichts anhaben können. Denn der Anarchismus, dieser extreme Ausläufer des Individualismus, braucht nicht, wie jede politische und so auch die sozialistische Partei, Vereine, die man auflösen, Organisationen, die man zerfließen, Geld- oder Materialsammlungen, die man verhindern könnte. Er braucht überhaupt keine Massen, sondern nur einzelne, todesmuthige Individuen, wie die Rabachol, Bailant, Genty, Caserio, und er wirkt mit den einfachsten Mitteln, mit Sprengstoffen, die jeder Mensch aus den an sich harmlosesten Ingredienzien bereiten kann, oder wie Caserio, mit einem Messer, das man für eine Kleinigkeit im Laden erstehen kann. Was soll man gegen solche Individuen thun? Die äußersten Repressiv-Maßregeln wendet man ohnedies gegen sie an. Man tödtet sie, wenn man sie hat. Man tödtet sie, und sie wissen es sehr wohl, daß der Tod ihren Thaten droht. Aber der Tod schreckt sie nicht. Mehr aber als Abschredung vermögen Polizei und Gerichte für die Prävention von Verbrechen nicht zu leisten. Sie sind deshalb zur Ausrottung des Anarchismus unfähig.

Der Anarchismus ist nicht nur keine politische Partei, er ist nicht einmal, wie der Sozialismus, ein politisches Lehrsystem, dessen Propaganda ja wohl erfahrungsmäßig die Polizisten nicht hindern können, aber doch einigermaßen einzuschränken vermögen. Der Anarchismus ist theoretisch ein klares Negativum, die primitivste Thee der politischen

Opposition. Die Moskischen Chemikalien-Rezepte, die Bakunin'schen Gesellschaftsideen und die ganze Flugblätter- und Zeitungs-Propaganda sind für den praktischen Anarchismus eigentlich Augus. Er kann auch ohne sie wirken. Den Tyrannen oder den wenigstens, den man dafür hält, weil er die sichtbarste Spitze des politischen Organismus bildet, niederzustoßen, dazu braucht man keine Philosophie und keine chemischen Gebrauchsanweisungen. Das haben Leute schon zu Wege gebracht, ehe die Theorie des Anarchismus und die Sprengmittel-Rechnit angekommen ist, und das werden Leute noch vollbringen können. Aber den fanatischen Gegnern der Sozialdemokratie erscheint die Gelegenheit günstig, gegen diese wieder einmal die ganze Macht der Reaktion heraufzubeschwören. Und da kommen sie wieder mit der albernsten insamen Lüge, daß die sozialdemokratische Lehre die „Quelle des Anarchismus“ sei und daß man deshalb diese Quelle „vernichten“ müsse. Sie sucht auf die Regierungen einzuwirken, Ausnahmegesetze gegen die Sozialdemokratie zu erlassen. Es kommt ihnen unter dem elenden Vorwande der Bekämpfung des Anarchismus darauf an, die legale Arbeiterbewegung, und zwar nicht nur die politische, sondern auch die gewerkschaftliche zu treffen, sie lahm zu legen. Deshalb wird die Sozialdemokratie verleumdet, deshalb wird gegen sie gehetzt.

Nun, komme, was da wolle! Die sozialdemokratische Arbeiterpartei kennt keine Furcht vor der tothen Gewalt der Reaktion. Sie ist in sich stark genug, jeder Verfolgung zu widerstehen und ihrer guten Sache unter allen Umständen zu dienen. Die bürgerliche Gesellschaft bekundet durch ihre Hege nur ihre Ohnmacht gegenüber dem mit den Waffen der Gegner kämpfenden kassenbewußten Proletariat. Siegen wird die Sache der Arbeit, allen Verfolgungen zum Trotz!

Wirtschaftlich-soziale Rundschau.

* „Nun, dann hungern sie eben!“ In einer der letzten Sitzungen der Spandauer Stadtverordnetenversammlung, wie dem „Vorwärts“ von dort berichtet wird, ein von den zehn Arbeitervertretern eingebrachter Antrag folgenden Inhalts zur Berathung: Bei Auslieferung resp. Vergebung städtischer Arbeiten ist den Unternehmern die Verpflichtung aufzuerlegen, den Hilfsarbeitern den ortsüblichen Tagelohn von M. 2.50 und den Handwerker oder gelehrten Arbeitern der zu ermittelnde Durchschnittssatz als Minimum auszugeben.

Dieser an sich bescheidene und doch gewiß nicht nach dem barmherzigen „Humanitätsstaat“ riechende Antrag rief bei den bürgerlichen Stadtvätern eine Aufregung und Entschüpfung hervor, wie sie seit Langem in der Spandauer Stadtverordnetenversammlung nicht erlebt worden ist. Alles, was an philistinenhaften Argumenten herbeigesucht werden konnte, wurde herbeigesucht, um die Arbeitervertreter mit ihrem unflüchtigen Antrag geistig zu vernichten. Einer besonders hervorragenden Rede des Spandauer Freisinnigen war es nach eigenen naiven Selbstmaßstäben anfanglich möglich, Sinn und Zweck des Antrags zu begreifen. Eigentlich, so meinte dieser scharsinnige Kopf, müßten die „Arbeitsgeber“ weit eher gegen unerschämte Lohnforderungen geschützt werden. Wenn es mit rechten Dingen zuginge, so sollte der Herr Freisinnsmann weiter aus, so sollten die Arbeiter dann auch gezwungen werden, stets für den gleichen Lohnsatz zu arbeiten! Dem Stadtverordneten und Richtermeister Fischer aber war es vorbehalten, dieser ganzen Weisheit die Krone aufzusetzen. „Nun, dann hungern sie eben“, meinte der Herr Gelehrte, als der Referent die Notwendigkeit einer Minimumgrenze mit dem Hinweis darauf motivierte, daß zum Theil Löhne von 18 und 20 Pf. pro Stunde gezahlt würden. Abne, bei denen der Arbeiter, trotzdem er beschäftigt sei, thätig mit seiner Familie verhungern muß!

Natürlich fiel der sozialdemokratische Antrag durch. Das gleiche Schicksal traf denn auch einen anderen von den Arbeitervertretern gestellten Antrag, die Wahl einer gemäßigten Kom-

mission zur Untersuchung der Arbeitslosigkeit und des Notstandes am Ort betreffend.

Es ist bei solcher Not Fürsorge für die Hungernden ein Wunder, daß der Sozialdemokrat auch in Spandau immer neue begeisterte Anhänger gefunden hat?

Sozialpolitisches aus Schweden und Norwegen.

Die schwedische Regierungskommission, die beauftragt war, einen Vorschlag zur Einführung einer Arbeiterversicherung anzubringen, hat ihre Arbeit vollendet. Die Hauptbestimmungen des Entwurfs, der sich im Wesentlichen auf das deutsche Gesetz stützt, sind nach der Frankf. Ztg. die folgenden: Alle unfähigkeitsfähigen Erwerbenden sind der Versicherung unterworfen. Die Versicherten werden in drei Klassen geteilt, von denen die zwei ersten die männlichen und die dritte die weiblichen Arbeitnehmer umfassen. Für jede Woche sind in der ersten Klasse 60, in der zweiten 80 und in der dritten 20 Öre als Beitrag von Arbeitgeber einzuzahlen, und dieser darf die Hälfte des Beitrages vom Lohn der Versicherten abziehen. Um eine Pension zu erhalten, ist außer dauernder Erwerbsunfähigkeit noch erforderlich, daß für wenigstens 260 Wochen Beiträge entrichtet worden sind. Die Höhe der jährlichen Pension beträgt in den drei Klassen 80 bzw. 65 und 55 Kronen. Die Kosten der Versicherung werden durch die Beiträge und einen Staatszuschuß besteuert. Der Vorschlag ist vom Handelskollegium an sämtliche Landesverwaltungen, Städteämter, Handwerker- und Arbeitervereine zur Begutachtung geschickt worden. In vielen Antworten wird der Plan in seiner gegenwärtigen Form missbilligt. So heißt unter Anderem das Ober-Stadthausamt in Stockholm das Projekt ab, theils aus prinzipiellen Gründen, theils wegen der großen Schwierigkeiten, welche die Einführung der Arbeiterpensionen verursachen würde. Die Regierung ist jetzt zu nochmaliger Umarbeitung ihres Planes genöthigt. — Die Sozialkommission hat an den norwegischen Storting den Antrag gestellt, daß der Staat einen Fonds von 800 000 Kronen (eine Krone hat den Werth von 1 Mk 12 1/2) bilden solle, der zur Errichtung von Arbeiterwohnungen zu verwenden wäre. Von diesem Fonds sollen 50 000 Kronen an eine einzelne Kommune ausgetheilt werden. Die Kommune kann das Geld auf eigene Verantwortung in Summen von höchstens 1500 Kronen gegen 4 Prozent Verzinsung vergeben. Die Kommune zahlt an den Staat 8 1/2 Prozent Zinsen. Das übrigbleibende 7 1/2 Prozent geht der Kommune als Entschädigung für ihre Kosten und Zinsen. Ferner beantragt die Kommission die Schaffung eines Fonds von 200 000 Kronen, der zum Kauf von Land verwendet werden soll, welches an kleine Arbeiter zu höchstens 2000 Quadratmeter ausparzellirt werden kann. Diese Einrichtung soll für Landarbeiter und Industriegehilfen geschaffen werden. Auch hier tritt die Kommune als Mittler ein. Das Dispositionsrecht der einzelnen Kommunen ist auf 25 000 Kronen festgesetzt, und auf die einzelne Parzelle dürfen höchstens 1500 Kronen verhandelt werden. Auch hier beträgt die Kommune 6 1/2 Prozent an den Staat, während der Entleiher 4 Prozent an die Kommune zahlen muß. Wenn ein Mann auf einem solchen Parzelleneigentum ein Haus bauen will oder dabeist ein Haus bereits erbaut ist, welches nicht abgebaut ist, kann er aus dem ersten Fonds unter den oben genannten Bedingungen ein Darlehen erhalten.

Wahrscheinlich wird auch diese „Sozialreform“ dem Storting wieder zu „Ja“ sein und ad acta gelegt werden.

Ein internationales Spiegelflas-Syndikat. An der Durchführung unserer Gesellschaftsordnung, um die Durchführung des Sozialismus zu erleichtern, müssen sich die Kapitalisten eifrig ab. Schon wieder haben die Frauen im Schweizerischen Anzeiger einen Antrag zu Stande gebracht, der einen einzigen Erwerbsteil, die Spiegelflas-Fabrikation, monopolisiert. Das französische Blatt „Cote Libre“ will mittheilen, daß die Spiegelflas-Fabrikanten Englands, Frankreichs und Belgiens sich vollständig geeinigt haben und daß nur noch die Zustimmung der deutschen Fabrikanten aussteht. Da deren Zustimmung nicht zweifelhaft sei, werde die Unterzeichnung der Satzung des Syndikats Anfang Juli vollzogen werden. Die Mitglieder denken natürlich so weit, wie für eigenes Geld und haben recht. Sie sind entsetzt, sich die Taschen auf Kosten der Konsumenten füllen zu können, wie es die Männer vom Petroleumring und anderen Dingen ihnen vorgebracht haben. Sie haben kein Reg daraus, daß sie die große Grube schaufeln, in der die Kapitalisten...

stischen Gesellschafts-Einrichtungen von dem emanzipierten Proletariat demüthigt beizulegen werden.

Das Ideal unserer Künstler war, so entwickelte sie es auch hier und da, bestreben, das Reich der Erde, das jedem Fortschritt, außer auf dem Gebiete des Militarismus, abholde China. Die werden sie sich nun wieder nach China wenden, wenn sie erfahren werden, daß China wieder die Einfuhr von Maschinen zu verbieten. Wie nichtsdaß sind neben dieser Maßregel einer erlauchteren Regierung all die Untersuchungen der konservativen, ultramontanen und antisemitischen Vormänner der deutschen Handwerker.

Künstler- und Sozialreform.

Die denkbar schlimmsten Verhältnisse haben die Arbeiter im Bädergewerbe zu ertragen. Die Herren Meister dieses Gewerbes allerdings stellen ein hübsches Kontingent zu dem ammalichen Fünfundzwanzigprozentum. Sie widerstreben in rücksichtsloser Weise allen Versuchen, ihren Arbeitern ein erträgliches, menschenwürdiges Loos zu sichern. Bekanntlich beschäftigt die Reichs-Kommission für Arbeiterstatistik sich schon längere Zeit mit der Regelung der Arbeitszeit im Bädergewerbe. Am 28. Juni trat diese Kommission obermals zu einer Sitzung zusammen, um ein Schlußgutachten an den Reichstagsrat bezüglich dieser wichtigen Frage zu erstatten.

Das Verdict, die öffentliche Aufmerksamkeit auf die äußerst reformbedürftigen Zustände in diesem Berufe hingelenkt zu haben, kann Debel's privater Enquete (nicht abgeurtheilt) werden. 663 Betriebe, meist in Großstädten, wurden darin untersucht. Es ergab sich eine regelmäßige tägliche Arbeitszeit bei 164 oder nur 23,2 pht. von 12 Stunden und darunter, während sie in 48,5 pht. der beobachteten Betriebe 13 bis 16 Stunden und in 28,7 pht. sogar 18—20 Stunden und mehr betrug. Das neben dieser regelmäßigen Arbeitszeit eine große Anzahl recht erheblicher lange Ausdehnung vor den Feiertagen, sonstigen Festen etc. erfolgt, ist bekannt. Erwährend tritt hinzu, daß die Arbeit in die Nachtzeit fällt, welche die Beschaffenheit der Arbeitsräume, die durch übermäßige Hitze, schlechte Ventilation u. s. m. gesundheitsgefährliche Störungen verursacht; endlich daß die Häuser so gut wie garnicht zur Ruhe benutzt werden können.

Die Ergebnisse dieser Enquete sind durch eine von der Kommission für Arbeiterstatistik (September 1893) angestellte Inspektion bestätigt worden, als für die untersuchten zierla 5000 Betriebe eine Arbeitszeit von 12 Stunden und darunter nach dem Maßstab der Unternehmers in 69,4 pht., nach denen der Arbeiter in 47 pht. der beobachteten Bädereien feststellte wurde. Man darf also annehmen, daß ungefähr die Hälfte aller Bädereien den jetzt zur Berathung stehenden Maximal-Arbeitszeit von 12 Stunden folgt. Wenn diese Differenz gegen Debel's oben erwähnte Angaben beträchtlich scheint, so liegt das wohl zum größten Theile daran, daß die Reichsenquete vorwiegend sich auf die kleineren Städte erstreckte, die naturgemäß etwas günstigere Verhältnisse zeigen, als an der Erhebungsorte selbst vorliegen durch Vermittelung der Polizei und unter Kontrolle des Meisters. Indessen, auch wenn man die Resultate der Reichsenquete als die allein maßgebenden erachtet, besteht die oben angebeuteten Bedenken bestehen, welche zweifellos eine so große Ausdehnung erreicht haben, daß nicht die alleinige maßgebende „freie Vereinbarung“, sondern einlag und alleinige gesetzlicher Schutz Abhilfe schaffen kann.

Es ist nun die Frage aufgeworfen worden, ob der Bundesrath auf Grund des vorliegenden und bislang wenig angewendeten § 130a Abs. 3 der Reichs-Gewerbe-Ordnung oder der Reichsstaatsgesetzgebung einführen soll. Die Berliner „Vollzeitung“ hält, und wir pflichten ihr darin bei, das Entscherte für den erwünschten Weg, und bemerkt dazu: „Entscherte dafür ist unser Erachten nicht das Gutachten des Reichs-Gesundheits-Amtes über die Verunsichertheit der Bäderarbeiter, vielmehr die Erwägung, daß ein so wichtiger Schritt der Gesetzgebung nicht hinter verschlossenen Thüren, sondern im vollen Lichte der Öffentlichkeit zu geschehen hat. Wir fürchten auch nicht die etwaige Ablehnung...

*) Zur Lage der Arbeiter in den Bädereien. Stuttgart, Dieb. 1890.

oder Verschlechterung einer diesbezüglichen Vorlage. Ist das Verlangen nach einer gesetzlichen Regelung der Arbeitszeit im Bädergewerbe sachlich begründet, so muß es über alle Hindernisse schließlich triumphieren.“

Es ist möglich, daß sowohl bei den Einzelvernehmungen in Betrieben mit mehr als zwölffähriger Arbeitszeit wie bei den gutachtlichen Auswertungen der Meister und jeder auch der Gesellen die Wichtigkeit der gegen den zwölfstündigen Maximal-Arbeitszeit auszuweisen, Klein, dies kann nicht befremden. Gleich vor dem so, wenn gesetzliche Eingriffe zum Zwecke von Arbeiter-Gesetzen geplant wurden. Die Interessenten wüssten dann regelmäßig den Umfang des betreffenden Gewerbezweiges. Man schlage die Geschichte besonders der englischen Fabrikgesetzgebung nach, auf jedem Blatte lehrte sie diese Thatsache. Und man wisse dies nicht ausschließlich oder vielmehr nur vorwiegend dem Selbstinteresse zu. Die bekannten und hergebrachten Produktionsbedingungen sind der Durchschnittsmensch nur allzu leicht geneigt für unabänderliche zu halten, eine Veränderung derselben durch gesetzliche Eingriffe hält er daher für ruinös. Klein, gerade die Erfahrung lehrt, daß jede begründete Arbeitermaßregel nach kurzer Uebergangszeit zu einem Aufschwung der Produktion geführt hat.

Und wenn von den Gesellenvertretungen 22 unter 38 betragten sich für die zwölfstündige Arbeitszeit erklärten, so liegt der Grund dafür u. A. in den sehr strengen Arbeitsverhältnissen. Diese, in Verbindung mit einem geradezu beängstigenden Ueberangebot von Arbeitern, tragen die Schuld daran. Eine entwertere, infolge des häufigen Wechsels und der totalen Getrenntheit bis in die kleinste Städte hinein wenig organisierte Arbeiterklasse wird zur Erreichung besserer Arbeitsbedingungen aus sich selbst heraus wenig thun können. Das dem so ist, lehnen die Äußerst eingehenden und sorgsamsten Bestimmungen der Reichskommission.

Da spielt nun weiter in den Gegengründen die technische Herstellung der Bademaaren eine Hauptrolle. Die Beschaffenheit des Dampfes, die Art der Dose und des Meißels, wodurch der Gähnungsprozeß verläuft, lang sich hingiert, schließlich Angewohnheiten des Publikums sind die bedeutendsten Momente nach dieser Richtung. Aus der Vernehmung der Sachverständigen vor der Kommission läßt sich aber diese Punkte kein festes Verdict gewinnen; die Angaben widersprechen sich fast bei jeder Einzelheit. Erst seit ganz kurzer Zeit hat sich die maschinelle Technik im Bäderbetriebe eingebürgert und die hierdurch bewirkten Fortschritte können vielleicht gar bald die Geminnliche bezeugen, die heute als nicht abzulehnen betrachtet werden. Dazu wäre möglicherweise der Maximalarbeitszeit der direkten Einsparung. Aber auch wenn dem nicht so wäre, müßte seine Einführung erfolgen. Wie bewiesen — und dieser Beweis ist durch die sehr sorgfältigen Erhebungen aus 678 Betrieben einzuholen —, daß die bestehenden Zustände im höchsten Grade bedrohlich sind und dem Stillstande der Nation nicht verträglich sind, so ist aus höheren Gesichtspunkten eine Herabsetzung der Arbeitszeit geboten. Denn die Produktion, die Arbeit ist nicht Selbstzweck, sie ist nur das Mittel zur Erreichung des Lebenszweckes des Einzelnen. Eine Arbeitszeit, die über diese noch so hoch gesetzte Grenze regelmäßig hinausreicht, darf unter keinen Umständen in einem Kulturlande gebildet werden, zumal da sich Mittel und Wege finden, sich den veränderten Bedingungen anzupassen, wie das aller Orten und zu allen Zeiten in analoger Weise geschehen ist.

Da ist es nun, wie schon erwähnt, höchst charakteristisch, daß gerade die Forderungen der Arbeitervereine im Bäderbetriebe es sind, die sich der notwendigen Reform widersetzen. Jetzt wird von Seiten der Innungen ein Petitionsfornulae an die Bädermeister in den Bädern verfaßt, in denen ihnen folgender Rath erteilt wird: „Wenn es Sie also, daß Sie nur kurze Zeit (zwei bis drei Monate) ein hohes Geschäft machen, und daß der Verdienst in dieser kurzen Zeit Ihnen über die anderen flauen neun bis zehn Monate hinwegzählen muß; daß nicht nur die Gesellen und Lehrlinge 16, sondern 18 Stunden zu arbeiten haben, daß auch das ganze Personal, insbesondere Meister sowie hiesige Familienmitglieder anstrengend arbeiten und an eine Erholung nicht denken, sondern nur schlafen und arbeiten.“ — Und dieser parabolische Zustand wäre in der Ordnung?

Einige Berliner Innungsmeister, die jetzt plötzlich auch in solchen Organen geehrt werden, die von ihnen sonst nicht...

Der Anarchismus, seine Theorien und Geschichte.

(Fortsetzung.)

Die sich als einzig echte Revolutionäre gebenden Anarchisten gewannen, unterstützt von Bodpisten, die Oberhand, besonders der Zimmerermeister Josef Beuret (geb. 1856), der im Berliner „Sozialist“ erklärte, man müsse für die „gewalttame, blutige und schamlose Revolution und daher für die Entseßung aller wilden Instinkte im Volke“ arbeiten. Zahlreiche geheime Trugschriften verkehrten die „Revolutions“ 1881 war Beuret Delegierter der österreichischen Arbeiter aus dem Bonboner Anarchistentag; in Wien redigte er die „Zukunft“ in anarchischem Sinne.

1882—1884 verübte der Anarchist Stellmacher mit dem Anarchisten Kammerer verschiedene Raubmorde, durch welche Gelder für die Agitation gesammelt werden sollten. Stellmacher war Redakteur der „Freiheit“, gewesen, als diese nach Mos's Verhaftung ihren Druodort auf Betreiben des Bodspizelschreiber von London nach der Schweiz verlegt hatte. Der Polizeigenet Kaufmann hat den Stellmacher zu seinen Verbrechen systematisch angetrieben, wie überhaupt die Raubmordthaten auf einer in Ändrich abgehaltenen Anarchistenkonferenz beschlossen wurde, in welcher der Polizeigenet Kaufmann referierte und der Polizeigenet Schreiber den Vorhiss führte. Auch der Raubmordverhuch des Anarchisten Kuntze gegen den Bankier Hellbronner in Stuttgart war eine Folge dieser unter der Leitung von Bodspizelschreiber abgehaltenen Beratungen, ebenso der letzte Raubmord Stellmacher's in Wien (Bankier Escherl mit zwei Knaben) und der Mord zu Floridsdorf bei Wien, wo Stellmacher den Polizeigenet Hubel erschloß. Als Stellmacher und Kammerer in Wien vor Gericht standen, löhnte der Vorhissende des Gerichts, Hofr. Ramezan, die Gemäßigten als „Revolutionäre im Schlafrock“ und sprach nur den „Klaffen“ Bedeutung zu. Beuret wurde als intelligenter, wissenschaftlicher Mann gepriesen. Die Mordthaten wurden nicht ermittelt, Kammerer und Stellmacher hingerichtet.

Am 30. Januar 1884 erließ die Regierung eine (1891 aufgehobene) Ausnahmeverordnung, auf Grund deren aller Wien und Umgebung bis auf Weiteres eine Art kleiner Belagerungszustand verhängt wurde. Für Straftathen, welchen „anarchistische, auf den gewalttamen Umsturz der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung gerichtete Verbrechen zu Grunde liegen“, wurden Ausnahmegerichtsstände eingeführt — mit welchem Erfolge, schildert der Bericht Kaundt's: „Diese Ausnahmeverordnungen haben, wie zu erwarten war, weder zur Entbindung, noch zur Berichtigung anarchischer Thaten etwas beigetragen. Soweit solche in der Folge entbnd und befristet worden sind, gelang die der Polizei auf der Grundlage von Befugnissen, die sie schon vor Erlass der Ausnahmeverordnungen hatte. Diefelben richteten ihre Spitze bloß gegen die gesetzlichen Verpfaltungen der Arbeiterklasse. Die Hauptanarchisten entliefen straflos. Schon gelegentlich des Werhaller-Prozesses war es aufgefallen, daß einer der intellektuellen Urheber des Attentats, F o k e, sich nach Amerika flüchtete und dabeist frei bewegen konnte, ohne daß die österreichischen Behörden seine Auslieferung verlangten. Die österreichische Polizei meinte, eine solche werde verweigert werden, da der Raubmordfall einen politischen Hintergrund habe. Daraufhin erklärte der Minister des Reichers in Washington dem österreichischen Gesandten, die Regierung der Vereinigten Staaten werde hohe auslieferen, wenn keine Befreiung am Raube erwiesen sei. Trotzdem wurde von diesem Anerbieten kein Gebrauch gemacht. Ebenso auffallend war es, daß im Januar 1884 Beuret, den man allgemein zum Mörder des Wittwensohns an den anarchischen Attentaten glich, nicht nur nicht in Untersuchungshaft genommen wurde, mit der man in Oesterreich sonst sehr schnell bei der Hand ist, sondern vom Polizeigenet Stellmacher sogar freigesetzt erhielt, angeblich, um im Prozeß Bebe in Genau als Entlastungsgewege aufzutreten zu können. Zwei Tage später wurde der Ausnahmezustand über Wien verhängt und Beuret freibrieflich verurteilt — Beuret entwichte. Dagegen wurden mit einem Schloge alle Diefeligen, die sich in irgend einer Weise in Wien als Agitatoren oder Organisten...

set es in der politischen oder auch nur in der gewerkschaftlichen Bewegung, hervorgehen halten, ausgewiesen. Die Zahl der ausgewiesenen betrug nicht weniger als in runder Summe 600. Eine Reihe von Vereinen wurde aufgelöst, andere ihnen selbst auf, meist, weil es im Interesse der Mitglieder schien, selbst Verhaftungen über das Vereinsvermögen treffen zu können, statt es der Polizei in die Hände fallen zu lassen.

Beuret trat in London noch radikaler auf; im Bonboner Anarchistenklub „Autonomie“ war er der rücksichtsloseste Revolutionär und gab sich alle Mühe, Mos's zu übertrumpfen. Es gelang ihm auch, eine Zeitlang den größten Einfluß und das blindeste Vertrauen der Anarchisten zu besitzen. Beuret ist es auch gewesen, der 1883 ein neues Attentat veranlaßte, das zur Begründung der für die Anhebung der Arbeiterentlohnung zu zweifelndlich erscheinenden Ausnahmeverordnungen dringend nötig war, da die Sozialdemokratie nach wie vor nur durch Aufklärung der Massen ihr Ziel zu erreichen strebte. Das von Beuret veranlaßte Attentat wurde auch durch Beuret zur rechten Zeit unschädlich gemacht. Als Werkzeuge dienten drei Anarchisten: Reindorf, Kuyß und Röhler.

August Reindorf, 1846 zu Regau bei Delitzsch geboren, arbeitete in Delitzsch als Schriftsetzer und beizugeliegt sich anfänglich an der sozialdemokratischen Bewegung; die Partei schloß ihn aber 1877 wegen seiner anarchischen Gesinnungen aus. Reindorf agitierte nun eifrig für den Anarchismus, ließ sich 1880 in Ueberfeld nieder und unternahm mit Kuyß und Röhler das Attentat, durch das bei der Enthüllung des Niederwald-Denkmal's am 24. September 1888 die dabei anwesenden deutschen Fürsten in die Luft gesprengt werden sollten. Da verlagte die Bändhauer In einer Großhändler, der Anarchismus und seine Lehren, Berlin 1887, die von dem der Polizei mindestens sehr nahe stehenden „Verfasser der Bonboner Briefe in der „Römlischen Zeitung“ geschrieben wurde, heißt es über dieses Verbrechen der Bändhauer: „Wie oft hängen doch von den Scheinbar geringen Unzulänglichkeiten die Geschichte eines Volkes ab!“ hätte Reindorf nicht das für den Mordanschlag auf dem Niederwald bestimmte Geld unterschlagen, so würden Röhler...

wissen wollen, sagen nun, durch „freie Vereinbarung“ erreicht, wäre der Magdalenarbeitstag von zwölf Stunden ganz wünschenswert, aber mit dem Schutzmänn im Rücken — erst! Nun, wir wissen uns von jeder Vereinbarung für die Allmacht der Polizei vollkommen frei, während überhaupt die Gewerbe-Kassette völlig von der Polizei losgelöst. Aber entgegen diesem Hauptgrundsatz für übermäßige Gewerkschaften nur die eine Frage: Die denken sich die in diesem Falle unarmutensfähigen Zinn- und Messermeister eine allgemeine Regelung der Arbeitszeit ohne gesetzliche Eingreifen? Muss nicht, da eine solche Resolution der Arbeiterarbeitler fehlt und wohl noch auf lange Zeit hinaus fehlen wird, die Konkurrenz der humanen Unternehmer die anderen zwingen, auf der übermäßig langen Arbeitszeit zu beharren. Ja oder nein?

In keinem anderen Gewerbe findet eine so schamlose Ausbeutung gerade der jugendlichen Arbeiter statt, wie gerade in dem der Bäckerei. Aus den diesbezüglichen Erhebungen ergibt sich hinsichtlich der Beschäftigung, dass von 4551 besetzten Bäckereien die Hälfte ohne Beschäftigung, von den übrigen hatten 10 pSt. nur Besetzung, 25 pSt. weniger Besetzung als Gesellen, 22 pSt. ebensoviel Besetzung wie Gesellen; in 22 pSt. der Betriebe übersteigt die Zahl der Beschäftigten die Zahl der Gesellen. In den meisten dieser letztgenannten Betriebe kommen auf einen Gesellen zwei oder mehr Besetzung. Dieses Verhältnis findet meist statt in Betrieben von 5-6 Personen, seltener in größeren Bäckereien, am häufigsten im nordöstlichen Deutschland, am seltensten im Südbauischland. In den Dreien unter 2000 Einwohnern hatten 33,9 pSt. der Bäckereien nur Besetzung und 13,9 pSt. mehr Besetzung als Gesellen.

Das Gesetz muss da eingreifen, hoffentlich geschieht das auch und zwar bald, trotz aller Gegenwärtigen der Innungsproben.

Gewerkschaftliche Angelegenheiten.

Selbsthilfe von Bauhandwerkern. Ein Aufsicht des Bundes für Wohnreform entnehmen wir Folgendes: „Die Bauhandwerker scheinen gegenüber dem Schwundbauwesen mehr und mehr zu Schritten der Notwendigkeit zu greifen, und so steht man heutzutage nicht mehr allein den Bauarbeiten entgegen, sondern auch wieder ab zu tragen. Wenigstens haben die Handwerker in der letzten Zeit bei drohenden Verlusten durch die bekannte Geltung von Bauunternehmern mehrfach dazu gegriffen, ihre am Bau angelieferten, nach Maß angefertigten Sachen, meist auf gutlichem Wege Besetzung nicht zu erlangen war, bei Nacht und Nebel wieder abzuholen. So erlebte man vorjährige Woche in Charlottenburg allein an zwei Bauten das Schauspiel, die Handwerker mit einer Reihe von Möbelwagen vorfahren und ihre Habe wieder abholen zu sehen. Natürlich haben die nach Maß angefertigten Sachen für den besetzten Meister nur einen geringen Wert, aber besser etwas als gar nichts. Bei einem der gedachten Bauten in der Müddersstraße wurden allein acht Möbelwagen beschlagnahmt abgeholt. Drei Wagen gehörten dem geschäftlichen Tischler, einen fandte der Schloffer und einen der Bildhauer. Alle waren mit ihren Besätzen, zusammen mehr als fünfzig, versehen, und zwar am Sonntag früh um 3 Uhr. Der Tischler hatte sich zu einem Schiffsbau nach Hause begeben, und Morgens um 9 Uhr fand der „Bauer“, der zum Besetzen seiner Werkstatt am Hause ein Kappen mit den Insignien des Architekten, des Maurers, des Zimmerers und des Malers hatte anbringen lassen, seinen Bau leer. Die Polizei, welche er anrief, verwies ihn auf den Pflichten, und vielmehr kommen die Handwerker nun zu einem Teil des Geldes. In einem anderen Bau in der Kanitzstraße wurden nicht allein die Fenster und Türen, sondern sogar die schon verlegten Glitter von dem Walton und den Parquets wieder abgeholt.“

Über das Waugeschäft und die Wauspekulation führt der oben erwähnte Jahresbericht der Wiesbadener Handelskammer aus: „Das Waugeschäft hat eine Krise zu überleben und es wäre zu wünschen, dass in den nächsten Jahren hier weniger gebaut würde, denn wie schon in einer Ueberproduktion, die sich durch das tolle Angebot von Wohnungen sichtbar macht. Dabei befinden sich viele Objekte in schwachen Händen. Uebrigens werden diese Mißstände voraussichtlich in nächster Zeit schon von selbst einer übermäßig großen Bautätigkeit ein Ziel setzen. Die Arbeiter in den Häusern, die von Kleinhandwerkern gebaut,

werden größtenteils auf Gegenrechnung ausgeführt, und sind derartige Zustände ungesund und auf die Dauer unhaltbar. Es sollen Käufer im Bereiche von Hunderttausenden von Unternehmern, die keine 5000 Gulden Vermögens haben, errichtet worden sein. Dabei ist die Beschaffung von zweiten Hypotheken seit letztem Herbst äußerst schwierig. Wir haben auch vermögende Privatbesitzer, die stets darauf bedacht sind, ihre Arbeiten an Meister und Architekten zu vergeben, von denen man weiß, dass sie nicht besitzen und die zu jedem Preise Arbeiten übernehmen, wenn es sich um bares Geld handelt. Derartige unermittelte Meister werden ausgenutzt. Das Ende ist gewöhnlich, dass die Lieferanten ihr Geld verlieren. Das solide Handwerk selbst selbständig unter derartigen zweifelhaften Manipulationen. Trotzdem die Preise im Bauhandwerk ganz bedeutend herabgegangen sind, so dass dieselben für die Handwerkermeister kaum noch einen Nutzen lassen, kann man in Wiesbaden nicht einig bauen, das liegt einseitig am heutigen Grund und Boden, andererseits an den hohen Ansprüchen, welche man hier an die Wohnungen zu machen gewohnt ist. Alle Wohnungen, auch die mittleren und kleinen, 3-4 Zimmer, sollen elegant, komfortabel usw. sein, dabei lassen die Preise, welche heute dem Baumeister geboten und ihm zuzuschreiben werden, eine Verhinderung des Baukapitals nicht mehr zu geschweige das Unterhalten, Reparaturen und Steuern gedeckt werden. Der Bezug nach hier hat nachgelassen, was an den allgemeinen Verhältnissen liegt. Auf dem Lande war ein harter Rückgang im Waugeschäft infolge der schlechten Verhältnisse zu bemerken.“

Die preussische Regierung sammelt jetzt bekanntlich Material zur Klärung und Abhilfe des Bauhandwerks. Die Beschaffung des Materials ist keineswegs so leicht, wie man sich in gewissen Kreisen vorstellt. Die Handwerker, welche von betragsgeräten „Bauherren“ hineingelegt wurden oder bei den Substitutionen ausgefallen sind, zeigen, wie die „Baugen.-Ztg.“ hervorhebt, meist nur geringe Reue, ihre Verluste zu beklagen, weil sie damit ihren Kredit noch weiter zu schädigen fürchten. Andere wieder, welche durch die geschäftlichen Verluste ihre ganze Existenz verloren haben, sind stumpf und gleichgültig geworden. Von ihnen ist daher auch wenig Material zu erwarten. Die Regierung aber wäre besser als irgend ein Anderer in der Lage, das Material zu beschaffen. Sie brauchte nur Haß und Hölle der bei den Substitutionen ausgefallenen Hypotheken festzuhalten; damit erhalte sie wenigstens einen Teil der Verluste, welche den Bauhandwerkern Jahr aus Jahr ein erwachsen. Freilich nur einen Teil, denn die meisten kleinen Handwerker lassen ihre Bauforderungen garnicht hypothekarfähig eintragen, weil sie genau wissen, daß sie bei der Substitution doch ausfallen. Das Material geht auch schon bei den sogenannten „Verlegungen“ mit den „Bauherren“ verloren, soeben wenig in die Offentlichkeit gelangt.

Der Klegelkampanie. Die Baulegenossen von Lippe, dieses Bundesfürstentums, das die meisten Regler für das westliche Deutschland stellt, erlassen folgenden Aufruf an die Baulegenossen:

„Die Kampanie der Reglerarbeit ist in vollem Zuge, die Saat, welche wir hier während der Wintermonate ausstreuten, droht während des Sommers wieder gänzlich vernichtet zu werden. Der Regler, durch die lange Arbeitszeit und ununterbrochene Schmarbung gänzlich stumpf und unwillig geworden, kümmert sich nicht im Geringsten um das öffentliche Leben. Er ist froh, wenn die Woche herum ist, daß er sich des Sonntags etwas Ruhe gönnen kann. Darum richten wir die Bitte an alle Genossen, besonders an besitzenden der großen Städte, sorgfältig dafür, daß die Regler auch während des Sommers etwas zu lesen bekommen, agiert auch unter ihnen. Laßt sie keinen dadurch abfallen, daß sie viel leicht der Einte oder Andere schroff entgegentritt, die große Mehrzahl der Bippischen Regler ist unseren Ideen durchaus zugänglich. Also, Genossen, heßt uns in dem Bestreben, dem Regler auch die Erkenntnis beizubringen, daß nur der Sozialismus wirklich im Stande ist, seine so überaus traurige Lage zu verbessern. Im Auftrage der Bippischen Genossen: H. Baum, Deringhausen (Lippe).“

Arztung, Steinseher! Außer nach Stettin ist jetzt auch nach Elbing Bezug freigegeben. In Beziehung auf den Stettiner Streik ist noch zu berichten, daß die Innungsmitglieder jetzt nach allem Muster eine andere Taktik einschlagen. Es langten nämlich in dieser Hinsicht und Kreisblättern die Nachricht, daß der Streik verloren sei.

Am 18. Januar 1895 fand man den Polizeirath Rumbf in Frankfurt a. M., der den Epistel hoch angesehen hatte, durch einen Dolchschlag ermordet. Die Mörder wurde der 23jährige Schumacher Julius Bieck, gehörig aus Polen, der in der Schweiz Mitglied eines anarcho-socialistischen Vereins gewesen war, hingerichtet; er behauptete, daß er nicht der Mörder sei.

In Deutschland begann 1885 der Scheinbau-Prozess gegen einige bei am Kopenhagener Sozialistenkongress (1883) beteiligten Delegierten; sie wurden in Chemnitz freigesprochen, in Freiberg am 4. August 1886 verurteilt und zwar Auer, Webel, Frohne, Ulrich, Bredt und Bollmar zu je 9, Diez, Feinzel und Müller zu je 3 Monaten Gefängnis. Es begann nun die Aera der Scheinbau-Prozesse; Minister Buttamer erklärte 1886 im Reichstag, daß für ihn hinter jedem Streik die Hydra der Revolution laiere, das Sozialistengesetz wurde zum dritten Male verlängert und die Spitzelverfolgung wüthete immer mehr empor. Eingetretene im Reichstag fest, daß ein Mitglied der Berliner Gewerkschaft, Spring-Blasow, als Verdächtiger sich unter falschem Namen in Arbeitervereine schloß und Arbeiter zu Gewerkschaften zu verleiten suchte. Minister Buttamer erklärte zuerst, er sei zu keiner „solchen Anschuldigung“ fähig, dann die Anschuldigungen gegen Spring-Blasow als Verleumdungen, die vor Gericht ihre Ehre finden sollten, und diesen selbst als einen „pflichttreuen Beamten“. Der Prozeß gegen die von Singer angeführten Jungen fand vor dem Berliner Landgericht statt; dieses sprach die Angeklagten frei, obwohl Spring-Blasow das Gegenteil behauptete. Das Gericht schenkte ihm keinen Glauben. Ein Verleumdungsprozeß wurde aber nicht gegen Spring-Blasow eröffnet, sondern Buttamer erklärte öffentlich im Reichstag, daß er dem „soeben genannten Beamten“ eine „elastante Verurteilung“ verschaffen werde. Kurz darauf erließ Spring-Blasow von Kaiser Wilhelm II. das allgemeine Ehrenzeichen verliehen. Jetzt ist Spring-Blasow Bahnhofsverwalter im Bad Drenthausen in Westfalen.

(Fortsetzung folgt.)

Daran ist kein wahres Wort, und daher ist diese Behauptung nur als Beweis dafür zu betrachten, daß die Stellung des Unternehmertums immer unangünstiger wird. So sind kürzlich wieder mehrere größere Arbeiter vergeben worden, die schon in nächster Zeit in Angriff genommen werden müssen. Wenn nun der Streik bis dahin nicht beendet ist und auch, was sehr wahrscheinlich ist, die Ausgelerten sich mit den Streikenden solidarisch erklären, dann bleibt den Unternehmern nichts Anderes übrig, als nachzugeben. Möglich ist auch, daß die Arbeiter anderen nicht in Stettin wohnhaften Unternehmern pro forma übertragen werden, selbst auf die Gefahr hin, daß höhere Löhne gezahlt werden müssen. Es ist daher Ehrenpflicht jedes Steinseher's, sich unter keinen Umständen, und von wem es auch sei, nach Stettin schicken zu lassen. Alle Arbeiterblätter werden zum Abdruck gebeten.

Bergarbeiterbewegung. Aus dem Ruhrrevier wird geschrieben:

Im ganzen Ruhrrevier macht sich in letzter Zeit eine sehr rege Agitation für den Bergarbeiter-Verband geltend. In fast allen Bergrevieren wird von den Arbeitern der Beitritt in den Verband zur Verbesserung einer Besserung der finanziellen Lage der Bergarbeiter gemacht. Organisten haben nicht einen Streik im Geolge, diesen wünschen die Bergleute ebensowenig, wie der Vorstand des Ruhrreviers. Ein Streik in jeglicher Art behüte die gänzlich überhöhten der Arbeiter und die Beschaffung der noch bestehenden geringen Organisation. Zunächst sei es Pflicht eines jeden Bergmannes, die noch dem Verband fernstehenden Kameraden zu gewinnen, und dies könne nur geschehen, wenn den religiösen und politischen Gesellen eines jeden Bergmannes getragen würde. Besonders soll für die Gewinnung der Mitglieder der katholischen und evangelischen Arbeitervereine agitiert werden. Keine Zeit sei hierfür so günstig, wie die jetzige, wo ein Jeder mit dem verdienten Lohne und der ihm zu Teil werdenden Behandlung in höherer Lage unzufrieden sei. Von jetzt ab sollen deshalb im ganzen reichlich, vielfachigen Ruhrreviere Bergmannen abgeholt werden und ganz besonders will man die Agitation von Mund zu Mund, also im Einzelnen pflegen. Die Vertrauensmänner sollen deshalb in dieser Beziehung ganz besonders informiert werden.“

Die Bergarbeiter des Essener Reviers haben den Gewerkschaften in einer Versammlung einstimmig beschlossene Forderungen unterbreitet:

1. In Erwägung, daß die Löhne in den letzten Jahren fortgesetzt reduziert sind, so daß dieselben heute niedriger stehen als im Jahre 1888, trotzdem die Kohlenpreise höher sind denn je; in weiterer Erwägung, daß die Bergwerksbesitzer fortgesetzt hohe Ausbeute machen und nach den neuesten Maschinenleistungen die Arbeitsgeschwindigkeit eine fortwährende Besserung zu verzeichnen ist, wird eine 20prozentige Lohn-erhöhung für sämtliche Arbeiter auf und in den Gruben geordert; jedoch einen Minimum von M. 8,50 für Bauer und M. 8 für Schläger.

2. In Erwägung, daß infolge des von der Gewerkschaft eingeführten Systems, nach welchem die Beschauer einen proportional niedrigeren Lohn erhalten als die Bauer, die Beschauer dadurch keinen Nutzen haben, sondern die Gewerkschaft diesen Verlust an Einkommen der Beschauer für sich berechnen; in weiterer Erwägung, daß die Arbeiter des Beschauers mindestens ebenso schwer und gefährdeter als die des Bauers sind, fordern wir, das Einkommen der Bauer und Beschauer bei gleicher Arbeitsleistung gleichzustellen.

3. In Erwägung, daß infolge der ungenügenden Handhabung der Bergpolizei-Beschäftigten seitens der Gewerkschaften durch den Aufenthalt in den Gruben Leben und Gesundheit der Arbeiter besonders gefährdet sind; in weiterer Erwägung, daß infolge der langen Arbeitszeit eine große Anzahl von Kameraden überhaupt keine Beschäftigung findet, fordert die Versammlung eine achtstündige Schicht, inkl. Ein- und Ausfahrt, für sämtliche auf und in den Gruben beschäftigten Arbeiter und Wegfall aller Ueberstunden.

4. In Erwägung, daß die Steiger infolge ihrer Abhängigkeit von der Verwaltung nicht in der Lage sind, den Bestimmungen der Bergpolizeibehörde pflichtgemäß nachzukommen, fordern wir: Anstellung und Entlohnung der Steiger durch die Bergbehörde, Wegfall der Tantieme und entsprechende Erhöhung des Gehaltes, ohne daß dieselben jedoch den Charakter der Privatbeamten verlieren.

5. In Erwägung, daß die Bergleute von der Festsetzung und Verwendung der abgefallenen Strafgebühren nicht Bestimmtes erfahren, verlangen wir, daß alle aus den Arbeitsverhältnissen hervorgehenden Strafgebühren, auch diejenigen aus der Forderung unreligiöser und gnußvoller Wägen, der Anpöschelungskasse zustehen. Dreimonatlich sollen die Bergverwaltungen eine genaue Aufstellung mit Angabe der Zeit und der Höhe der Strafe anfertigen, die durch den Arbeiterbeamten geprüft und durch Aufschlag öffentlich bekannt gegeben wird.

Ein schönart Sieg wurde in Waldenburg in Schlesien von den organisierten Bergleuten errufen. Ihre Kandidaten zum Berggewerkschaftsgericht errangen überall die große Mehrheit. Auf den Harnsbuener Gruben errichteten die Kandidaten der sogenannten „Rechtslosen“ ungefähr 180 gegen 700, 80 gegen 650 und 50 gegen 600 Stimmen.

Der Verband deutscher Buchdrucker hat die durch den 1891/92er Streik erlittene Niederlage jetzt wieder vollständig überwunden. Als der Kampf gerade Emsführung der neunmündigen Arbeitszeit ausgetobt hatte, da glaubten die Gegner den Zeitpunkt gekommen, wo man Halt und Stütze der Gefährten, die Organisation, gründlich zerbrechen konnte. Die Poste des Untereberg-Bundes begann, der Vater der freien Vereinigung führte eine frohden brotgebende Sprache und forderte auf, die Verbandsgesellen in selbstem Stand zu treiben, die Betrugskasse that sich auf und der „Inbittliche Zwang“ sollte sie bevollmächtigen. Aber gerade die dräuenden Geschehnisse nach dem Neunmündigenkampf haben den Buchdrucker nachdrücklich die Unentbehrlichkeit der Organisation in die Seele geschrieben. Der Verband zählt jetzt mehr Mitglieder als vor dem Kampf. Im vergangenen Jahre (1893) traten 3128 Mitglieder ein, und in diesen Orten heißt heute der Verband mehr Mitglieder als je zuvor. Die Gesamtzahl der Vereinsmitglieder beträgt annähernd 19 000 in mehr als 700 Druckorten. Der Reichsverband ist verzeichnet an: Riese, Unterführung M. 100 711, Arbeitslosen-Unterführung M. 92 906, sonstige Unterführung M. 10 960, für Kranke M. 245 732, Begräbnisgeld M. 12 900, Invaliden-Unterführung M. 122 169. Der Vermögensstand des Verbandes besizt sich zur Zeit ohne Zins- und Banksteuer auf M. 400 000.

und Kupfer eine genügende Summe besitzen haben, um statt einer einfachen Forderung eine solche mit einer Gummiumhüllung zu kaufen, welche von der Witterung unbeeinträchtigt geblieben wäre. Und an der mangelnden Qualität der Forderung ist, wie der Prozess ergab, der ganze Anschlag gescheitert. So hat die Forderung die Forderung das entsetzliche Unglück verhütet.“

Am diese Forderung glauben die Anarchisten noch einige Zeit, bis sich herausstellte, daß die „Geschichte des Volkes von der geringen Zufälligkeit“ abgesehen hatten, daß Reuter nichts Anderes als ein Polizeispion war, der erst das Mittelstadium angeteilt und dann es rechtzeitig bereite. Der Zweck aber, den das Mittelstadium haben sollte, wurde erreicht. Um die „Widerstand“ zu bekämpfen, wurde das Sozialistengesetz im Frühjahr 1884 verlängert. Fortschrittler, die nicht für die Verlängerung zu stimmen wagten, blieben der Abstimmung fern — „abkommend“. Professor Mommsen sprach sich in der „Zeitschrift der Deute“ dahin aus: „Das Gesetz nicht nicht bloß recht wenig, sondern es ist positiv schädlich und fordert die Anarchie, die es bekämpfen will. — Leute, die sich öffentlich in Rede und Schrift nicht verheiben dürfen, kann man auch in Rede und Schrift nicht öffentlich angreifen, und so geht das stille Evangelium der Anarchie unter dem Schutze dieses Gesetzes unbehindert durch das Land.“ Trotzdem stimmte der fortschrittliche Herr Professor für die Verlängerung. Die Regierung brachte auch noch schamlos ein dynamisches Gesetz (9. Juni 1884) ein, das so ungeschickt abgefaßt ist, daß es schon viele Gewerkschaften zur Bekämpfung wegen „ungeleglicher“ Anwendung von Dynamit brachte, aber noch wenig Anarchie.

Die Reichstagswahlen 1884 ergaben trotz allem einen Zuwachs von 200 000 Stimmen, die sozialdemokratische Fraktion wählte am 19. Juni 24 Mitglieder. Im Dezember 1884 verurteilte das Reichsgericht den Anarchisten Bachmann wegen verurtheilten Mordes und Verurteilung (Mittelstadium 1883 in der Gewerkschaft Wilmerssee) zu 10 Jahren Zuchthaus, Kupfer, Richter und Reuter zu je 7 Jahren Zuchthaus und wegen Reiterei zum Hochverrat zu 10 Jahren Zuchthaus.

Die Münchener Gewerkschaften haben am 1. Juli eine Zentralherberge eröffnet. Wenn in dem zu diesem Zwecke erworbenen Gebäude „Gambrius“ Sendlingenstraße, so möchte es noch vollständig fertiggestellt werden, erst ist das Unternehmen doch schon der rechten Aufmerksamkeit. In wenigen Wochen wird die Zentralherberge in ihrem vollen Umfange dem Verkehr geöffnet sein und dann eine begründete Einrichtung bilden, sowohl für die durchreisenden Handwerker, als auch für die am Orte organisierten Arbeiter. Die Betten sind durchweg vollständig neu, die Geschäfte und Kabinen von Eisen und die Schränke von größter Feinheit. Für prompte Bedienung der im „Gambrius“ verweilenden Genossen, sowie für geeignete Aufenthaltsräume für Frauen und Durchreisende ist bestens Sorge getragen.

Das Braunschweiger Gewerkschaftsrat hat beschlossen die Aufnahme einer permanenten Arbeitslosen-Kassette. Die Ausführung ist den einzelnen im Rat vertretenen Berufsorganisationen überlassen. Um ein möglichst vollständiges Ergebnis zu erzielen, sollen die Krankentage vorab erlöst werden, die bei ihnen angemeldet Krankentage angegeben. Die Ausarbeitung der Fragebogen und wohl auch die Zusammenstellung des von den Berufsorganisationen gewonnenen Materials ist einer vom Rat ernannten dreigliedrigen Kommission übertragen.

Der Rührberger Magistrat hat beschlossen, auf das Gesuch der Arbeiter um Eröffnung einer Arbeitsvermittlungskasse und eines Arbeitersekretariats zu antworten, daß er sich zur Unterstützung beider Einrichtungen bereit erkläre. Aber die Sache hat einen gewaltigen Haken. Die Arbeiter hatten sich ansehnlich gemacht, die Hälfte der auf 5000 veranschlagten Kosten auszubringen; die andere Hälfte sollte von der Stadt gezahlt werden. Der Magistrat stellt nun ein bourgeoismäßig seine Unterstützung nur für den Fall in Aussicht, wenn die Arbeiter die von ihnen angebotenen 2500 Franken stellen und weiter — ein Bureaukrasch — wenn die Arbeiter es dem Magistrat überlassen, die geplante Einrichtung ganz in seiner Weise zu treffen. Aber auch, wenn die Arbeiter zustimmen, will der Magistrat noch das Recht haben, die Sache in weitere Erwägung zu ziehen. Wenn die „fränkische Tagespost“ dies als ein „auf die lange Hand schieben“ ansieht, wird sie wohl den Nagel auf den Kopf getroffen haben.

Dringender Aufruf. In Schottland freilen 60 bis 70 000 Bergarbeiter. Die Deutschen unter ihnen (in Muirfield, wo Stempel arbeitet, sind es 24, zum Teil mit zahlreicher Familie) sind am schlimmsten daran, weil die Industrie der Schotten, besonders der weiterarbeitenden, überdies den Nationalhaß empfindet. Der Lohn wurde dort täglich gekürzt. Niemand hat etwas in Händen. In Muirfield wohnen die meisten Bergleute, darunter sämtliche Deutsche, in Pöbelhäusern; viele sind sie in diesem Augenblick schon auf die Straße geworfen. Sie brauchen Hilfe, in erster Reihe für die Deutschen, als die Bedürftigsten, hat noch.

Man schreie an die Expedition der „Rheinisch-Westfälischen Arbeiter-Zeitung“.

Alle Parteiblätter werden um raschen Abdruck gebeten.

Die neuesten Nachrichten vom großen schottischen Bergarbeiterstreik lauten wie folgt: Die Zahl der Arbeiter, die infolge des Kohlenstreiks in den anderen Industrien Beschäftigungslos geworden, betrug am Sonnabend gegen 60 000, also mit den 65 000 Auswärtigen zusammen 125 000. Nur 5000 Kohlenräuber sind noch an der Arbeit. Die Streiker haben bei allen Bräuen, wo noch gearbeitet wird, sogenannte „Pickets“ aufgestellt, die sogar teilweise aus Frauen bestehen, welche die Arbeiter zur Einstellung der Arbeit veranlassen sollen. Zur Vermeidung von Skandalen befindet sich in der Nähe von solchen „Pickets“ (Wachen) jedesmal eine Abteilung von teilweise berittenen Polizisten, welche die Arbeiter vor Gewaltthatigkeiten schützen sollen. Die Auswärtigen erhalten 8 sh pro Mann und Woche und jedes Kind 1 sh extra. Der Bergarbeiterverband von Großbritannien, welchem ungefähr 80 000 von den Auswärtigen angehören, will den bisherigen Unterhaltungsbeitrag um 6 d pro Mann und Woche erhöhen. Andererseits unterstützen die englischen Gewerkschaften ihre schottischen Kollegen durch Subsidien. Die englischen Gewerkschaften beschließen, eine Lohnreduktion von 20 pzt. einzuführen; die englischen Bergleute befürchten daher, daß, wenn ihre schottischen Kollegen gezwungen werden, sich eine Lohnreduktion von 1 sh pro Tag gefallen zu lassen, auch die englischen Gewerkschaften sofort mit einer Lohnreduktion bei der Hand sein werden.

Die Höhe der Bergarbeiter befragen legt: in Schottland 6 sh pro Tag; in Durham 7 sh pro Tag (bei 7 1/2 stündiger Arbeit); in Yorkshire und Wales 7 sh bei 8 stündiger Arbeit; in Nottinghamshire und Lancashire 7 sh bei 8 1/2 stündiger Arbeit; in Derbyshire 6 sh, bei 8 1/2 stündiger Arbeit; in Northumberland 6 sh, bei 6 1/2 sh bei 7 1/2 stündiger Arbeit; in Cumberland 6 sh für 8 Stunden.

Der Eisenbahnarbeiter-Ausstand in den Vereinigten Staaten. In America ist der härmlose Verlauf von Arbeiter-Ausständen, wie er in Europa noch die Regel bildet, längst außer Brauch gekommen. Die Arbeiter-Ausstände erlangen dort, wie erst der jüngste, noch immer nicht völlig benetzte Bergarbeiter-Ausstand bewiesen hat, eine Ausdehnung, die Alles übertrifft, was in dieser Beziehung in Europa geschieht. Gleich den Dänen, welche zuweisen über die Ebenen Nordamerikas dahinbrausen, bezeichnen dort nicht selten Vermählungen und Begräbnisse den oft hundert Meilen langen Weg, den die Arbeiter-Ausstände genommen.

Neuerdings wird aus der nordamerikanischen Union über einen großen Ausstand der Eisenbahnarbeiter berichtet, der sich bereits über 22 Bahnhöfen verbreitet haben soll. Den ersten Anstoß scheint der Boykott der Pullman'schen Schlafwagenfabrik in Chicago gegeben zu haben, deren Arbeiter wegen Lohn- und Arbeitszeit-Vergrößerungen (die Höfe sollten herabgesetzt werden) sich im Ausstand befinden. Da diese Arbeiter der amerikanischen Railway Union angehören, dehnte sich der Boykott auf alle die Eisenbahngänge aus, welche Pullman'sche Schlafwagen mit sich führen. Verdräht wurde der Streit noch dadurch, daß die Eisenbahngesellschaften dem Gewerksverein der Eisenbahnarbeiter den Krieg erklärten und sich mit der Schlafwagen-Fabrik solidarisch erklärten. So wird denn berichtet, daß die auswärtigen Arbeiter Eisenbahngänge, anhalten und die Pullman'schen Schlafwagen abstoppen. Die Arbeiter anderer Bahnhöfen seien ganz so, daß der Verkehr mehrfach völlig stockt. Stellenweise halten die auswärtigen Arbeiter die Bahnhöfe besetzt, so daß bereits die Wägen aufgeben wurde. Der Ausstand wird von sämtlichen Gewerksvereinen Chicagos unterstützt und kann, wenn auch die Telegraphisten in die Bewegung

hineingezogen werden und inwieweit nicht eine Verhinderung erfolgt, leicht einen Umfang annehmen, der den letzten Bergarbeiter-Ausstand in den Schotten stellt. Der Berliner Bier-Boykott erscheint diesem amerikanischen Biesen-Boykott gegenüber als Kinderpiel.

Eisenbahnarbeiter-Ausstände mit blutigen Zusammenstößen zwischen Arbeitern und Rügigen sind in der Union nichts Neues. Man erinnere sich nur des großen Eisenbahnarbeiter-Ausstandes von 1877, welcher sich wegen einer zehnprozentigen Lohnherabsetzung in 14 Tagen über 17 Staaten der Union bis nach Kanada ausbreitete. Damals wurden Eisenbahngänge und Bahnhöfe in Brand gesteckt, Brücken demolirt,züge zum Entgleisen gebracht. Es gab förmliche Schießereien zwischen Arbeitern und Rügigen, welche letztere wegen Sympathisierens mit den Auswärtigen stellenweise durch reguläre Untereinheiten abgelöst werden mußten. Der damalige Präsident Hayes erließ sogar eine Proklamation an die Auswärtigen. Die jetzige Bewegung ist also nichts Neues, aber sie ist gefährlicher als die von 1877. Die großen Eisenbahn-Gesellschaften mit ihren Monopolen haben namentlich im Westen unter dem Landvolk bittere Feinde, und eine große soziale Bewegung im Westen, die besonders von den Farmen getragen wird, richtet sich wesentlich gegen die Ausbeutungsprivilegien der Eisenbahn-Kompagnien und überhaupt gegen die Kapitalisten des Westens. Die wirtschaftliche Entwicklung der letzten Jahre, sowie die parlamentarische Korruption all in den Vereinigten Staaten so viel sozialen Unwohlsein angehaucht, daß elementare Ausbrüche der Volkskraft gar nicht so unendlich erscheinen.

Die Eisenbahnarbeiter-Bewegung beginnt übrigens ebenso wie die Bergarbeiter-Bewegung eine immer größere Rolle zu spielen. In Frankreich hat am 22. Mai die Kammerverhandlung über die gewerkschaftlichen Rechte der Eisenbahnarbeiter den Antrag zum Sturz des Ministeriums veranlaßt. Am 13. März darauf, am 24. Mai, in Paris der fünfte Landes-Kongress der französischen Eisenbahnarbeiter und Angestellten in Paris zusammentrat, wurde konstatiert, daß sämtliche Eisenbahn-Verwaltungen den Kongress-Delegierten den ihnen vorher verweigerten Urlaub nach den Vorgängen in der Deputiertenkammer absichtlich verweigert hätten. Man führte auf diesem Kongress eine zweifelhafte Sprache und wies darauf hin, daß nahezu 60 000 Mitglieder in 177 Sektionen der Eisenbahnarbeiter-Gewerkschaft angehören, die jetzt nach dem Verlangen der Bergarbeiter die zweitgrößte Frankreichs ist. Doch im Oktober d. J. in Paris ein internationaler Eisenbahnarbeiter-Kongress stattfinden soll, haben wir bereits mitgeteilt. Derselbe soll sich u. A. auch mit der Frage der internationalen Unterdrückung der Ausländer beschäftigen. Die Eisenbahnarbeiter-Verbände von England, Schottland, Irland, Dänemark und der Schweiz haben die Bekräftigung des Kongresses zugesagt. Schon im vorigen Jahre, am 14. August, hat in Zürich ein internationaler Eisenbahnarbeiter-Kongress stattgefunden. Wenn Bergarbeiter und Eisenbahnarbeiter erst einer gemeinsamen Parole folgen und sich gegenseitig unterstützen, kann es Ereignisse ernstester Art geben.

Ein Eingeständnis.

Unsere Leser werden sich entsinnen, daß wir schon oft als eine der hauptsächlichsten Ursachen der Unfälle im Baugewerbe die Ueberfälligkeit der Arbeiter bezeichnet haben. Das „magdeburger“ bezw. leitende Organ der Baugewerks-Unternehmer hat die Aufgabe bisher vollständig ignoriert, desto sanftlicher aber dem „Deichstirn“ und der „Friedrich“ der Arbeiter die Schuld an den „meisten“ Unfällen beigemessen. Um so beachtenswerther ist es, daß dieses Organ jetzt — endlich! — selbst — sich genötigt sieht zu der Erklärung: „Die Ueberfälligkeit der Bauten ist eine Gefahr für das Baugewerbe.“ Dazu wird folgendes ausgeführt:

Die Zahl der Unfälle vergrößert sich in der Norddeutschen Baugewerbe-Berücksichtigung mit jedem Jahre, obgleich die Höhe der ausgefallenen Lohnsummen sich in denselben Zeiträumen vermindert hat. Die Gesamtzahl der Unfälle betrug 1891: 4696, 1892: 4816, 1893: 5210. Die anrechnungsfähige Lohnsumme belief sich auf 1891: rot. M. 107 800 000, 1892: rot. M. 104 760 000, 1893: rot. M. 103 640 000. Bei der Veranschlagung dieser beunruhigenden Thatsache auf der Genossenschaftsversammlung zu Potsdam am 6. Juni wurde von vielen Genossenschaftsmitgliedern herangezogen, daß neben anderen Ursachen auch die immer mehr zunehmende Ueberfälligkeit der beherrschenden Bauten daran die Schuld trage. Die Ueberfälligkeit aber wird dadurch herbeigeführt, daß die Behörden meist zu spät in der Bauzeit in die Vergebung der Bauarbeiten bewilligen. Damit wird dann die Frist zur Herstellung der Hochbauten ungebührlich verkürzt und infolge der nun notwendig werdenden Eile, mit welcher die Arbeiten betrieben werden müssen, um die Bauten rechtzeitig fertigzustellen, häufen sich die Unfälle und die Unfallgefahr vergrößert sich. Diese Behauptung bedarf für Sachverständige kaum eines Beweises. Wenn an eine Bauarbeit verhältnismäßig viele Arbeiter gestellt werden, so hindert einer den anderen in der freien und ungehinderten Bewegung und auch die Menge des zur Verarbeitung gelangenden Baumaterials beengt allzu sehr den Arbeitsplatz der Arbeiter auf den Bauarbeiten. Die Unfälle ergeben sich nun infolge von Festhalten, Ausgleiten oder Umliegen der Arbeiter; nicht selten werden diese auch bei dem Ausschütten des Baumaterials auf die Klappe verübt oder die Arbeiter werden sogar unter den großen Ansaugung von Material; ebenso wird das Herabfallen von Gegenständen durch zu große Ansaugung von Arbeitern und Material begünstigt. Endlich entstehen diese Unfälle bei der zu schnellen Beförderung der Materialien, beim Auf- und Absteigen, beim Rutschen von Balken und Eisenstücken usw. Hierzu kommt, daß bei zu schneller Ausführung der Bauten auch nicht genügende Rücksicht auf die Anstellung von wirklich qualifizierten Arbeitern genommen werden kann, wodurch nicht nur die Eile des Bauwerks sich vermindert, sondern auch die Gefahr für die Arbeiter in erheblicher Weise vermehrt wird.

Auf dem letztjährigen Delegiertenkongress des Innungsverbandes Deutscher Baugewerksmeister zu Hannover vom 16. bis 18. Juli 1893 wurde auf Anregung des Bezirksverbandes westpreussischer Baunationen der gefahrbringende Ausschluß beauftragt, bei den bauenden Behörden dahin vorstellig zu werden, daß die Ausbildung möglichst aller beherrschender Bauausführungen schon bei Beginn des Frühjahres vor sich gehen möge, um eine allzu große Eile und Ueberfälligkeit zu vermeiden. Damals wurde

festvorgegeben, daß diese Arbeiten oft erst im Hochsommer an die Unternehmer vergeben werden, wodurch dann zu kurze Ausführungsfristen bedingt sind, um die Bauten gut und kunstgerecht herstellen zu können. Hierdurch aber entziehen, abgesehen von anderen Mängeln, für den gesamten Arbeiterstand materielle und soziale Vorteile, deren Erzielung kaum zu erweisen ist. Die das zum Beginn jener Arbeiten brotlos gewordenen Arbeiter treten meistens erst im Spätherbst in Beschäftigung; damit nun die Unternehmer den kurzen Ausführungsfristen innewohnen können, muß dann eine große Hast fremder bezw. ausländischer Arbeiter herangezogen werden, welche nach kurzer Zeit wieder entlassen werden. Diese Umstände darf man mit Recht als die Ursachen unwirtschaftlicher Verhältnisse für die Arbeiter ansehen, welche damit nicht selten in das Lager der Unzufriedenen, zu Streiks und Ausschreitungen aller Art getrieben werden.

Eine Petition, welche dem fast vom gesamten deutlichen Baugewerbe ausgesprochenen Wünsche Rechnung trug, wurde im vergangenen Jahre vom Innungsverbande an sämtliche bauenden Behörden verlesen, ohne Erfolg gehabt zu haben. Jetzt nun wird eine Vorlesung dem Vorstande der Norddeutschen Baugewerks-Vereinsgesellschaft bearbeitet, welche im Interesse der Verminderung der Unfallgefahr eine weniger überzelebende und überfällige Ausführung der Bauten fordern soll.

Wir nehmen mit Vergnügen von diesen Ausführungen des sämtlichen Unternehmer-Organs Notiz. Doch erscheinen uns einige Bemerkungen dazu am Platze:

Nicht nur die verspätete Vergebung der Bauarbeiten durch die Behörden trägt die Schuld an der Ueberfälligkeit. Wir sind überzeugt, daß es auch bei früherer Vergebung daran nicht fehlen würde. Gegen wir doch, daß Privatbauten nicht minder überfälligt werden, wofür in der Regel die Verantwortlichkeit den Unternehmern ganz allein trifft, indem er von der Aufsicht geleitet ist, möglichst schnell zu seinem Profit zu kommen. Man kann die Ueberfälligkeit überall beobachten. So viele Unternehmer „befehlen“ sich gar gerne mit fremden und unqualifizierten Arbeitern, weil sie billiger und „gehorsamer“ sind als die einheimischen und qualifizierten. Es kommt oft genug vor, daß diese arbeitlos sind, während jene bevorzugt werden. Um die Arbeiterorganisation zu forcieren, ziehen die Unternehmer häufig fremde, unqualifizierte Arbeiter heran, beschließen sie ganz ohne Rücksicht auf die „Solidität in der Bauausführung.“

Dazu die Akkordarbeit und das unsinnige Anstreben der Arbeiter. Wir sind überzeugt, daß fast alle die diesen schweren Bauunfälle, die sich in letzter Zeit ereignet haben, auf Ueberfälligkeit zurückzuführen sind.

Vom Bau des Nord-Deer-Kanals.

Der Bau geht seiner Vollendung entgegen. Es wird mit Bestimmtheit auf die Eröffnung der neuen Wasserstraße zum Sommer nächsten Jahres gerechnet.

Bereits am 2. Juni 1889 beschloß der Norddeutsche Reichstag, den Bundeskanzler auszuordern, dem Reichstage eine Mitteilung über die Frage der Herstellung eines die Ostsee mit der Nordsee verbindenden Kanals zu machen. Erst in der zweiten Hälfte der achtziger Jahre gewann aber die Angelegenheit praktische Gestalt. Nachdem durch fallerliche Verordnungen vom 17. Juli 1886 für die Herstellung des Nord-Deer-Kanals eine dem Reichstage des Innern untergeordnete Kommission unter der Leitung „Kaiserliche Kanal-Kommission“ errichtet worden war, begannen alsbald die Vorarbeiten für den Kanalbau. Die Zedung der Kosten des Kanals hatte nach dem Verlebe vom 16. März 1886 mit der Aufgabe an den Wege der Reichsanleihe zu erfolgen, daß Preußen zu den auf M. 156 000 000 veranschlagten Gesamterstellungskosten einen Prezipualbeitrag von M. 60 000 000 gewährt. Ueber den Grundwert wurde mit den Landesbesitzern in vierzig Gemeinden und Gutsbezirken verhandelt. In der großen Mehrzahl der Fälle sind der Ankauf freiwillig statt. Es wurden erworben 2224 Gektar 49 Ar 69 Quadratmeter für M. 5 277 521,25. An Erdarbeiten waren bis zum 1. Oktober 1888 und 64 000 000 Kubikmeter Bohenausschub für rund M. 46 000 000 vergeben. Bis zum 1. Oktober 1890 waren von den im Ganzen zu fördernden 77 000 000 Kubikmeter Erde rund 23 000 000 gefördert worden. Ein Betriebsmittel waren zur der Zeit in Benutzung 27 Trodenbohlen, 28 Hahnbagger, 6 Eisebaloren, davon 5 bewegliche, 72 Baggebräume, deren 7 mit eigenem Dampftrieb, 15 Schleppdampfer, 97 Lokomotiven, 2700 Erdbautransporter mit 28 bis 25 Kubikmeter Stammgehalt, 230 Sandpflüge, 290 Handbarren, 27 Dampfmaschinen für die Trodenhaltung der Baustrecken, 195 Kilometer Schienenanleihe.

Am 30. September 1890 waren in den 35 Baracken der Kanalbauverwaltung untergebracht 3299 Arbeiter, die Belegungs-fähigkeit der Baracken betrug 6106 Mann, doch wurde diese Arbeiterzahl nie ganz erreicht.

Es ist bemerkenswert, daß bei dem „nationalen Wert“ der Erbauung des Nord-Deer-Kanals, meist fremde Arbeiter: Russen, Polen, Italiener, beschäftigt werden; nicht etwa deshalb, weil sie bessere oder ebenso gute Arbeiter sind als die Deutschen — denn dann hätten wir dagegen selbstverständlich nicht das Bestreben einzuwenden — sondern weil sie billiger und anpruchlos sind als die Deutschen, weil sie eine schlechtere Lebenshaltung als diese haben und sich mehr gefallen lassen. Deshalb der internationalen Drang des Unternehmertums und die Verleugnung des „nationalen Prinzips“. Das ist der „Schmerz der nationalen Arbeit“, soweit die deutschen Arbeiter dabei in Betracht kommen.

Die Arbeiter an den Schiffsanlagen bei Brunsbüttel haben in den letzten Wochen große Fortschritte gemacht. Die Wägen sind ungefähr fertig gestellt, und nachdem man zwei entsprechende Notthelpe aufgeworfen, ist die Abtragung des Erdbeiges in Angriff genommen, der bisher die Erde vom Vorhofen trennte. In dem Vorhofen selbst müssen noch einige Schichten Wägen herangezogen werden, jedoch soll dieses erst durch Schwimmbagger geschehen, wenn das Eiswasser in die Schiffsen hineingelassen ist. Die Raimauern des Vorhofes werden nach Entfernung des Erdbeiges bis an die Wägen ver-längert. Die rechts und links bis zum Schiffsanbau führenden Fortsetzungen des Erdbeiges sind auch schon vollendet. Die Zentral-Maschinenstation soll in diesen Tagen probiert werden; sie erzeugt einen Wasserdruck bis zu 93 Atmosphären.

Aus Ungarn.

Budapest, Anfang Juli.

Ueberall, wo wir hinkommen, sei es nun im Gasthaus, Kaffeehaus, beim Kaufmann, Schneider, Schuhmacher, kurz überall, wo ein Wortwechsel erfolgt, hören wir die Klage über „schlechten Geschäftsgang“. Das ist den Kleinverarbeitenden und Großhändlern schlecht geht, darüber giebt es keinen Zweifel, denn dies ist ja die natürliche Folge der heutigen ökonomischen Verhältnisse. Aber in letzterer Zeit klagen nicht nur die Kleinmeister und Kleinhändler, sondern der „schlechte Geschäftsgang“ hat auch in den Unternehmern eine ständige Rubrik gefunden.

Aber ist das Klagen der Unternehmer, und besonders der Bauunternehmer, berechtigt?

Heute, wo beinahe in jeder Gasse Budapester Hindenhäuser gebaut werden, ist die Klage vom schlechten Geschäftsgang nicht berechtigt. Am wenigsten haben sich die Baumeister und Steinmetzmeister zu beklagen, und es scheint, daß ihr Klagen nur ein Vorwand ist, um die öffentliche Meinung, besonders aber die der Arbeiter, zu beeinflussen.

So oft die Unternehmer Staatsubvention oder sonstige Vorteile vom Staat erlangen wollen, bildet den Tenor der Klage gewöhnlich der „schlechte Geschäftsgang“. Diese Klage spielt aber auch in dem Verhältnis zwischen Arbeit und Kapital eine große Rolle; sie ist gleichsam das Barometer, das Bewitterungen am „Arbeiterzimmer“ vorherzagt. In normalen Zeiten, d. h. in Zeiten, wo ein bevorstehender Lohnkonflikt zwischen Kapital und Arbeit nicht zu befürchten ist, kommt die Klage über „schlechten Geschäftsgang“ nur selten zum Ausdruck; aber man kann dessen gewiß sein, daß, wenn die Arbeiter Lohnerböhrung oder Verdrängung der Arbeiterzeit erstreben — diese Klage in um so intensiverer Stärke ertönt.

Jetzt, wo die Budapestler Steinmetzen den Köhlfundament fordern und die Maurer und Zimmerer ebenfalls ihre Lage verbessern wollen, nimmt das Klagen der Bau- und Steinmetzmeister gar kein Ende. Einige klagen, sie „arbeiten drauß“, Andere wieder nehmen nur deshalb Beschäftigung auf, damit sie ihre Gehälter beschleunigen können usw. Ja, aber diese „undankbaren“ Arbeiter sind trotz des Wohlwollens ihrer Meister unzufrieden und beklagen auf ihren Forderungen, denn sie wissen ganz genau, wie es mit dem Wohlwollen der Meister steht. Gerade diejenigen Meister und Unternehmer, welche am meisten klagen über den „schlechten Geschäftsgang“, sind am reichsten, und diejenigen, welche immer ihre Arbeiterfreundlichkeit im Munde führen, sind die größten Ausbeuter.

In Budapest giebt es, mit Ausnahme einiger Kleinmeister, keine Bauunternehmer und Steinmetzmeister, welche nicht vermöglich und im Besitze einiger Häuser wären. Nun fragen wir, wie kommt es, daß sich das Vermögen dieser Herren, trotz des ewigen „Draußarbeitens“ nicht verringert? Wie kommt es, daß sich das Vermögen der meisten Steinmetzmeister unter den letzten zehn Jahren verdreifacht und verdreifacht hat?

Die Klage über „schlechten Geschäftsgang“ erscheint gar häufig im Munde von Meistern und Unternehmern als eine Phrase, wenn wir sehen, welche noblen Passionen diese „Serren“ sich erlauben. Wohlgemerkt, daß sie sich Häuser gleich Palästen bauen, giebt es noch Uebriges zur Erhaltung einiger Pferde und oft noch einiger Waitressen usw.

Der Arbeiter, ja der Arbeiter allein muß die Kosten des schlechten Geschäftsganges in den verschiedensten Formen tragen. Für ihn giebt es keine Fonds und keinen Meiningen. Er kann im günstigsten Falle im Winter seinen Winterrod, den Winterrod aus besseren Zeiten versehen. Und dann? Nun dann mag er hungern, denn Diebstahl und Betteln ist verboten.

Diejenigen, welche am wenigsten Ursache haben, über den schlechten Geschäftsgang zu klagen, thun dies sehr oft. Und ihre Klagen sind stets ein geeignetes Ohr bei der Regierung. Gingen denn die Arbeiter über ihre elende Lage hinaus, wenn die Waise sie zwingt, in Lohnkämpfe einzutreten, dann steht der Staat wieder auf Seiten der Unternehmer und trachtet die streikenden Arbeiter womöglichst mit Bajonetten zu beschlüssen. So geht es in der besten aller Welten! Die Arbeiter, die nichts als ihre Arbeitstakt besitzen, werden gezwungen, ihre einzige Gut um einen Schandlohn zu verkaufen. Jene aber, die Alles in Gülle und Gülle haben, werden nicht unterdrückt.

O du Welt der Gegensätze, die du den Einen im Ueberflusse erkaufen läßt, dem Andern aber das Nothwendigste zum Leben verkauft, wann endlich lehrst du in dich und machst diesem erbärmlichen, menschenunwürdigen Zustand ein Ende?

Situationsberichte.

Maurer.

Der Zugang ist fern zu halten von Osterburg, Freiburg i. Br., Schwedt a. O., Danzig, und in Wandersdorf von dem Koch'schen Bau in Pilschenfeld.

Marne. Am 1. Juli fand die erste Mitgliederversammlung unserer wiedererrichteten Zählstelle statt. In der Verwaltung wurden gewählt: Roche, Bevollmächtigter, Timmermann, Vertreter, Ellersdorf, Kassierer, Wilschermann, Vertreter, Thobben, Schriftführer und Denter, Seine und Böhmer als Revisoren. Es wurde beschlossen, daß die Kasse und die dem Verband gebührenden Verhältnisse im Vereinslokal verbleiben sollen; der Vereinsrat wird unter der Leitung der einen jeden Versammlung den Revisionsbericht, das Schriftstück nimmt der Bevollmächtigte an sich. Als Vereinslokal wurde die Herberge von Johannes Petersen bestimmt. Die Versammlungen sollen jeden zweiten und vierten Sonntag im Monat stattfinden. Maurer von Marne und Umgegend. Wie wollen auf Erden glücklich sein und wollen nicht mehr darben, verschleimen sich nicht der faule Bauch, was fleißige Hände erwerben. Wird unsere Lage je besser werden, wenn wir es nicht zusammenhängen? Wir bedienen im Sommer jetzt so viel, daß wir menschenwürdig leben können; im Winter jetzt der Hunger an unseren Weibern; unsere Familien müssen darben; unsere Kinder verkommen, und das alles nur darum, weil das Kapital, der Unternehmer, den größten Theil unseres Arbeitsertrages einstreift. Wollt Ihr stillschweigend zusehen, wie man Euch auspreßt? Wollt Ihr den faulen Unternehmerrath den Ertrag Eurer Arbeit verpraßeln lassen, beweist Ihr Euch im Sommer arbeitend — müßt und im Winter Hunger leiden? Denkt an Eure Vorfahren, die alten Hiltmarcker; selbst deren Frauen standen auf den Dänen der Nordsee und kämpften mit der Streitmacht in der Faust gegen die Goldhämmer.

fremder Unterdrücker. Ihr seid Männer und wollt nicht gegen den Euch knechtenden Kapitalismus kämpfen. Wollt Euch aufschließen, Euch Mann für Mann Eurer Organisation an, tretet der Zählstelle bei, nur dann: seid Ihr eine Macht, wenn Ihr vereint seid! Wenn die Unternehmern sehen, daß Ihr agitativ zurückbleibt, dann wird die Ausbeutung immer größer, wenn Ihr aber kampfbereit und vereint die Kräfte gegen das Unternehmertum bündelt, dann werdet Ihr mit Euren Familien nicht mehr zu darben brauchen, Ihr werdet Euch dann Arbeitsbedingungen erkämpfen, die Euch in den Stand setzen, menschenwürdig zu leben.

Miesfedern. Am Sonntag, den 1. August, fand im Lokale des Herrn Schnepel unsere Mitgliederversammlung statt. Nachdem die ersten Punkte der Tagesordnung erledigt waren, wurde im Punkte „Bereinsangelegenheiten“ unter Anderem beschlossen, daß die betreffenden Arbeitslosen, welche nach § 4 des Statuts Anspruch auf Freizeitung der Extrarente machen, sich bei folgenden Vertrauensmännern beim Anfang der Arbeitslosigkeit zu melden haben; wird dieses unterlassen, so können sie nicht berücksichtigt werden: In Miesfedern, Dothenbüden und Miesfedern bei F. Lutzher, in Miesfedern und Kl. Fittel bei Kassierer W. Reiz, in Gr. Fittel bei Bevollmächtigten J. o. h. Grotz. Ferner wurde der Beschluß gefaßt, die Versammlungen berücktsichtigend nicht wie bisher um 4 Uhr, sondern präzis um 5 Uhr stattfinden zu lassen. Alle Mitglieder, welche hiermit nicht einverstanden sind, müssen zur nächsten Versammlung erscheinen.

Memminger. Am Donnerstag, den 6. Juli, tagte unsere regelmäßige Mitgliederversammlung. Im ersten Punkte der Tagesordnung ließen sich einige Mitglieder aufnehmen: Im zweiten Punkte der Tagesordnung verlas der Kassierer erst die monatliche, sodann die vierteljährliche Abrechnung, welche beide für richtig befunden wurden. Die vierteljährliche Einnahme betrug M. 121.10 für die Lokalverwaltung und M. 408.05 für die Hauptkasse; am Schlusse des 2. Quartals waren 168 Mitglieder in der Zählstelle. Der Bevollmächtigte gab hierauf bekannt, daß es am Orte noch immer Kollegen gäbe, die noch nicht begriffen hätten, daß wir vereint eine Macht, aber vereint nicht sind; dieses hätten wir auch wieder bei den diesjährigen Lohnverhandlungen erfahren. Er forderte die Kollegen auf, mit allen Kräften für den Verband zu agitieren. Sodann gab der Bevollmächtigte einen kurzen Ueberblick über unter Gewerkschaftsseite und sprach den Kollegen für die rege Theilnahme Dank aus und hob hervor, daß, wenn Arbeiter feste seien, so brauchen sie dazu nicht die Bevormundung der Behörden und der Bourgeoisie. Solche Feste haben wirklich den Charakter eines Volkseigentums und das Solidaritätsgefühl der Arbeiter aller Branchen gelangt zu recht zur Geltung. Die Einnahme betrug M. 127.65, die Ausgabe M. 644.45, so daß ein Ueberschuß von M. 583.20 ergibt wurde. Derselbe soll in der Waise vertheilt werden, daß je einen Theil das Gewerkschaftskartell, die Presse und die Partei erhält. Einem schon über ein Jahr krankten Kollegen wurde eine Unterweisung von M. 50 aus der Unterweisungskasse bewilligt, ebenso wurden der Arbeiterpreise M. 50 bewilligt.

Kiel. Am Montag, den 2. Juli, fand in den „Zentralgassen“ eine gut besuchte öffentliche Maurerverammlung statt. Nachdem das Bureau aus den Kollegen Köpcke, Hartwig und Kage zusammengeleitet war, erhielt der Vorsitzende der Lohnkommission, Kollege Hartwig, das Wort und führte etwa folgendes aus: Die gut besuchte Versammlung ist wohl der heutzutage Beweis, daß, wenn es sich um Lohnfragen handelt, die Maurer nicht doch noch einig sind, um dem Unternehmertum einen wirksamen Damm entgegenzusetzen. Zu diesem Zweck ist auch die heutige Versammlung einberufen. Die schlechte wirtschaftliche Lage, welche über alle Industrieen sich ausgebreitet, muß in der Bauereise besonders bemerkbar. Diesen Umstand benutzte das Unternehmertum, seine Ausbeutungspraxis zu erhöhen, indem es den Lohn des Arbeiters tiefer herabdrückte. Auch hier in Kiel wurden einzelne Unternehmer, unteren Stundenlohn um den erbschlichen Satz von 6 % zu reduzieren, indem sie den in unserem bisherigen Lohnsatz enthaltenen Satz: „Für Junggefellens sowie minderwertige Gesellen“ ist ein Lohnsatz von 45 % zu zahlen, in dem weitesten Sinne für sich in Anspruch nehmen und beinahe Alle für Junggefellens sowie minderwertige Gesellen erklären und sie mit einem dementsprechenden Stundenlohn abfinden. Jedoch der heutigen Versammlung wäre nun, diese Mißstände auszuwurzeln und nicht ein Klassenlohnthem sich einbürgern zu lassen. Die Lohnkommission wäre im Stande, über einen Fall, wo unsere Interessen gefährdet werden, zu berichten. Es betreffe den Bau des Gerichtsgeländes, wo der Unternehmer Stahl aus Gaarden den Klassenlohn eingeführt hat. Der Lohnkommission, welche zur Untersuchung mit ihm verhandelte, habe er erklärt, daß er sich überhaupt auf nichts einlasse. Die Kommission sei in einem recht drohenden Tone von Stahl abgewiesen mit der Erklärung, daß es sein guter Wille sei, wenn er Einigen 50 % gäbe, er könne Gesellen für 45 % pro Stunde genug bekommen. Die heutige Versammlung möge nun die weiteren Schritte thun resp. die Sperre verhängen, um die dortigen Mißstände zu beseitigen. Die Kollegen Wulf und Prothmann sprachen sich gegen die Sperre aus, da die Weisung der auf dem Bau Arbeitenden nicht im Verband, und daher doch nicht viel zu erreichen sei. Die Kommissionsmitglieder Köpcke und Hartwig sowie noch andere Redner sprachen für die Sperre und wurde dieselbe mit allen gegen 2 Stimmen beschlossen. Ferner wurde beschlossen, eine Streikkommission von drei Mann zu wählen, welche sofort die nöthigen Schritte zu unternehmen hat. Gewählt wurde Köpcke, Hartwig und Prothmann, welche denn auch ihr Bestes thaten, so daß die Sperre bereits nach einwöchiger Dauer als beendet anzusehen war, indem der Unternehmer Stahl erklärte, keinem Gesellen in Zukunft unter 50 % Stundenlohn zahlen zu wollen.

Schleswig. Am Dienstag, den 3. Juli, tagte die regelmäßige Mitgliederversammlung der hiesigen Zählstelle des Zentralverbandes der Maurer Deutschlands in der Maurerherberge. Im ersten Punkte der Tagesordnung „Aufnahme neuer Mitglieder“ ließen sich zwei neue Mitglieder aufnehmen. Im zweiten Punkte „Abhalten des Stiftungsfestes oder Beisitzung am Gewerkschaftsfest am 5. August in Flensburg“ wurde beschlossen, das Stiftungsfest am 16. Juli bei Herrn Weimers, „Großer Baumhof“, abzuhalten. Das Arrangieren des Festes wurde dem Vorstand und dem Festcomité überlassen. Beginn des Festes, verbunden mit Konzert und Kinderergötzen, ist um 4 Uhr. Es wurde von der Versammlung befohlen, daß trotz des vielen Ermahnens, das Lokal „Bellevue“ so viel wie möglich zu ver-

meiden, doch noch Kollegen es vorgezogen haben, dort zu verkehren; es wurde aber auch gleich dabei betont, daß, obgleich die Sperre nicht verhängt sei, das Lokal doch für die nächste Zeit zu meiden sei. Im „Beschließenen“ wurde beschlossen, den Fragekasten reparieren und im Versammlungslokal aufhängen zu lassen. Ein Antrag von Weiser, alle 14 Tage Versammlungen abzuhalten, wurde abgelehnt. Die Verbreitung des „Grundstein“ wurde dem Kameraden Dillien übertragen. Die sehr gut besuchte Versammlung wurde um 10 1/2 Uhr vom Bevollmächtigten geschlossen.

Bremen. In der am 4. d. Mts. stattgefundenen Mitgliederversammlung der hiesigen Zählstelle des Verbandes wurde auf Anregung des Kollegen Kienbock die Abhaltung einer öffentlichen Versammlung, mit dem Kollegen Schütler als Referenten, beschlossen; die nächste Mitgliederversammlung soll dafür aus. Ein weiterer Beschluß verpflichtete die Mitglieder zur Theilnahme an dem im August d. J. stattfindenden Gewerkschaftsfest. Nach Erledigung minder wichtiger Angelegenheiten folgte der Beschluß.

Norden. In der am 1. d. Mts. stattgefundenen Mitgliederversammlung traten wieder 9 Mitglieder dem Verbande bei und beträgt die Zahl jetzt 48. Verhandelt wurde über Herbergswesen und Arbeitsnachweis. Die Herberge befindet sich bei Bargmann, Giesstraße. Die Regelung des Arbeitsnachweises wurde vorläufig fallen gelassen, da jeder zugewiesene Kollege beim Kassierer leicht erfahren kann, wo Arbeitsgelegenheit vorhanden ist.

Hannover. Am 3. Juli tagte die regelmäßige Mitgliederversammlung der Zählstelle Hannover des Zentralverbandes der Maurer Deutschlands. Auf der Tagesordnung stand: 1. Vortrage des Genossen Kutschke über die soziale Entwicklung, 2. Beschließenes und Fragekasten. Nachdem der Schriftführer das letzte Protokoll verlesen, wurde Herr Kutschke das Wort zu seinem Vortrage ertheilt. Derselbe führte aus, daß, wenn jemand etwas beginne, er den Zweifel voraussetze, ob sein Vorhaben auch gelänge, oder es wenigstens gelingen könnte. Dasselbe sei auch von der Sozialdemokratie der Fall. Man höre Manche sagen: „Es nützt ja doch nichts, soweit kommt Ihr doch nicht.“ Wenn wir Alle solche Zweifel wären, dann hätte der Indifferent wohl Recht; aber das dies nicht der Fall ist, das beweist das fleißige, ungeheure Anwachsen der sozialdemokratischen Partei. Dem Referenten wurde für seinen interessanten Vortrag von der Versammlung welcher Beifall zu Theil. Zur Diskussion meldete sich Niemand. Ein Mitglied bittet um ein kleines Darlehen, weil es erst aus dem Krankenhaufe entlassen und noch nicht wieder arbeitsfähig ist. Kollege Fricke stellt den Antrag, M. 20 zu bewilligen. Kollege Kaaich meint, mehr zu geben. Kollege Fricke meint, wir könnten das Geld vom Festüberschuß nehmen. Kollege Fricke genehmigt den Antrag Fricke, dem Kollegen M. 20 zu schenken, welches angenommen wurde. Kollege Endorff stellt den Antrag, in der nächsten Versammlung die Statistiker zu kontrollieren und dieses im „Grundstein“ zu veröffentlichen. Kollege Kaaich ist der Ansicht, da wir einen Hellographen anschaffen wollten, könnten wir den gleich benutzen. Kollege Endorff erwiderte, daß wir dem „Grundstein“ auch etwas zuwenden müßten. Der Antrag Fricke; nächste Woche einen Hellographen anschaffen, wurde angenommen. Es erklärte sich ferner der Bevollmächtigte Dr. Sebaldus bereit, mit dem Kollegen Fricke zusammen mit dem Hellographen zu arbeiten. Nachdem noch einige innere Angelegenheiten ihre Erörterung gefunden, wurde die Versammlung geschlossen.

Wesphalen. Am Sonntag, den 1. Juli, fand im Lokale des Herrn J. Jovers ein Extramitglieder-Versammlung des Zentralverbandes der Maurer Deutschlands (Zählstelle Wesphalen) statt. Der erste Bevollmächtigte, Kollege W. Schick, eröffnete die Versammlung, welche den kritischen Beschlußfassungen entsprechend sehr gut besucht war, um 8 Uhr, und nachdem der Schriftführer die Protokolle der letzten beiden Versammlungen verlesen, führte Kollege W. Schick den Kollegen vor Augen, welche großen Augen diejenigen sehen, welche sich bereits dem Verbande angeschlossen. Ferner forderte derselbe die Kollegen auf, kräftig für den Verband zu agitieren. Nach einer kurzen Bemerkung, betreffend den Rechtschutz der Mitglieder, wurde vom Kollegen Maries das letzte Schreiben des Hauptpostensamters verlesen. Hierauf erfolgte der Beschluß der Versammlung um 4 1/2 Uhr.

Stettin. Am Dienstag, den 4. Juli, tagte hier ebenfalls eine öffentliche Maurerverammlung mit der Tagesordnung: Vortrage des Genossen Storch über „Kapitalismus und Armut“. Redner führte aus, daß sich die Kapitalisten in immer weniger Händen anhäufen und die Armut in immer größerem Maße zunehme. Auf der einen Seite Millionen und abermals Millionen, auf der anderen Seite nicht so viel, um sich den Hunger zu stillen. Um alle diese Uebelstände aus der Welt zu schaffen, ist es Pflicht der Arbeiter, sich zu organisieren, und forderte Redner die Versammelten auf, recht rege für den Zentralverband zu agitieren. Hierauf legte der bisherige Vertrauensmann, Herr Tesch, die Abrechnung vom Generalfonds vor. Derselbe wurde Entlastung ertheilt, da die Abrechnung revidirt und für richtig befunden war. Dann wurde Kollege Karl Timm als Vertrauensmann gewählt und wurde der Beschluß gefaßt, thätig für die streikenden Wähler einzutreten.

Nordhausen. Am 26. Juni tagte die regelmäßige Mitgliederversammlung des Zentralverbandes der Maurer Deutschlands; Zählstelle Nordhausen. Zunächst ließen sich 4 Kollegen aufnehmen. Im zweiten Punkte wurde Bericht vom Gewerkschaftskartell ertheilt. Im Punkte „Beschließenes“ wurde der Antrag gestellt, einem verunglückten Dachdecker eine Unterweisung an der Kasse zu gewähren; der Antrag wurde jedoch abgelehnt und beschlossen, zwei Sammellisten auszutragen, und wurden absandt zwei Kollegen gewählt, welche die Listen austragen sollen. Nachdem noch mehrere kleine Angelegenheiten geregelt waren, folgte der Beschluß der Versammlung.

Leipzig. Am Mittwoch hielten die Maurer eine ziemlich gut besuchte Versammlung ab. Zum ersten Punkte der Tagesordnung: Stellungnahme zur Forderung der Arbeitslosigkeit, war der Referent nicht erschienen, so daß im zweiten Punkte: Abrechnung vom Zentralverband, zuerst der Vertrauensmann Kollege Jacobi sich seiner Aufgabe entledigte. Die Abrechnung lautet wie folgt: Kassenbestand am 1. April 1894 M. 188.28, Eintrittsgeld für 46 Mitglieder M. 23, für 2029 mündliche Beiträge 4.10 M. M. 202.90, für 165 Extrabeiträge 4.40 M. M. 186.1. Extrabeitrag 60 M. An die Hauptkasse gelangt M. 210. Ausgabe für die Hauptkasse M. 129.16, Kassenbestand am 1. Juli M. 91.58. Es ist Wunsch eines der Kollegen, dem Verband beizutreten, da doch die Mitgliederzahl garnicht im Verhältnis steht zu den Maurern hier am Orte. Zum dritten Punkte: Requirat des Agitationscomité, legte das Mitglied Jacob

Nat, in welcher Weise das Comité bemüht gewesen ist, die Lage der Maurer zu verbessern. Eine rege Diskussion zeigte, daß nicht das Agitationscomité, sondern die Maurerschaft selbst die Schuld trifft, wenn in irgend einer Weise etwas vernachlässigt worden ist. Die Versammlungen sind immer schlecht besucht; jetzt scheint es aber wieder bei manchen Kollegen zu dümmern, da jetzt die Versammlungen wieder etwas besser besucht sind. Denken wir an die Bewegung vom Jahre 1888, wo die Organisation noch sehr jung war, und wir trotzdem einen schönen Sieg errangen. Sodann wurde der Bescheid gefaßt, das Agitationscomité weiter fortzuführen zu lassen. In dasselbe wurden gewählt J. Loh, Meyer und Fr. Decker. Hiernach wurde der erste Punkt der Tagesordnung verhandelt. Kollege Meyer warf die Frage auf, was wir denn eigentlich zu thun haben, um die große Arbeitslosigkeit zu mildern. Es sei nicht richtig, wenn viele Kollegen der Ansicht sind, in schlechter Zeit nichts zu thun. So sehen wir hier bei Wegel & Naumann, wo die Arbeiter durch die Noth trotz aller schlechten Zeit gezwungen sind, den Kampf aufzunehmen. Die Presse muß aufgefordert werden, auf die Vertretung der Arbeitslosigkeit auf das Entschiedenste hinzuwirken. Wir müssen an den Arbeitgeberbund herantraten und die Vertretung der Arbeitslosigkeit fordern. Warten wir nicht erst, bis auf gesetzlichem Wege die Arbeitszeit verkürzt wird, entstehen wir auf dem wirtschaftlichen Gebiet eine regere Thätigkeit, so daß die Vertretung der Arbeitslosigkeit wirklich erzielt wird, so daß wir dann auf politischem Gebiete mehr Opfer bringen können. Das Agitationscomité wird beauftragt, die nöthigen Schritte zur Verkürzung der Arbeitszeit zu thun. Sodann erfolgte der Bericht vom Gewerkschaftsrath, worauf ohne Debatte die Versammlung um 12 Uhr ihr Ende erreichte.

Breslau. Am Mittwoch, den 4. Juli, tagte die regelmäßige Mitgliederversammlung des Zentralverbandes der Maurer Deutschlands, Bahnhofs-Breslau. Die Abrechnung vom 2. Quartal wurde von der Versammlung für richtig befunden und dem Kassierer Decharge erteilt. Die Abrechnung vom Sommertrimester wies einen kleinen Ueberschuß auf, welcher der dorthin Verwaltungen übergeben wurde zur Anschaffung der Mittel. Sodann erfolgte eine Vorlesung aus Darwin's Theorie. Im Punkte "Vererbens" wußte Kollege Schätten h e l m, daß wir uns lieber an die Praxis und an das Gewerkschaftliche halten möchten und das Wissenschaftliche vorläufig bei Seite lassen; es können ja Gerichtsverhandlungen, hauptsächlich von Gewerkschaften und Arbeitervereinen, aus Zeugnissen gesammelt und in der Versammlung vorgelesen werden. Kollege O t t o u s s i e r stellt den Antrag, daß von dem Ueberschuß der dorthin Verwaltungen für den Kassierer eine Geldsumme angekauft wird. Dieses wurde bewilligt. Kollege P a u l stellt den Antrag, daß eine Sparskassa angekauft und im Verbandstatute aufgestellt wird zur Sammlung für verunglückte Kollegen. Kollege S c h o t z w i l d, daß auf den Bauten genügend für verunglückte Kollegen gesammelt wird. P a u l gibt den Antrag zurück. Kollege S c h ä t t e n h e l m regt an, daß weil Frankfurt a. M. die besten Unfallversicherungsbedingungen hat, wir uns an die dorthin Kollegen wenden sollte Erlangung des Materials zu diesen Versicherungen, um sie auch in Breslau einzuführen zu versuchen. Kollege P e t t i bringt die Unglücksfälle der vorigen Woche zur Sprache, hauptsächlich den Treppenbau-Einbruch in der Hübnerstraße, wo 12 Mann im Schutte begraben lagen; sieben wurden noch lebend herausgeholt, wovon vier schwer und drei leichter verletzt waren; die anderen fünf Mann brachten man nach schwerer Arbeit als Leichen heraus, darunter den Baumeister Wagner, drei Maurer und einen Arbeiter. Schuld an dem Einbruch soll sein, daß Wagner Lehnen im Keller ausschütten ließ; diese von 1 bis 2 Centimeter wurden schon vorher bemerkt. Wenn der Bau gesperrt worden wäre, würde ein Unglück nicht vorgekommen sein, so aber ließ Wagner, um den Einbruch aufzuhalten, schnell den Grund mit Bementsteinen verpacken, und bei dieser Arbeit übersehen die ihn und die Arbeiter der Einbruch. Die anderen Unfälle sind zwei Verfallensfälle in der Gartenstraße. Am Neubau des Ständehauses verunglückte 6 Zimmerleute und in der Langenzienstraße brach der Sturm ein Fassadengerüst zum Einbruch, drei Maurer unter sich begrubend. Nachdem noch verschiedene Kleinigkeiten ihre Erledigung gefunden, schloß der Bevollmächtigte die gut verlaufene, geschäftlich besuchte Versammlung.

Rangenhofen. Am 10. Juni fand hier ebenfalls eine Versammlung der Maurer und verwandten Berufsge nossen statt. In derselben wurde die Gründung einer Jobstelle des Verbandes beschlossen, und traten sofort 15 Kameraden dem Verbande bei. Am 27. Juni fanden sich wieder die Berufsge nossen zusammen, um ihre Angelegenheiten zu besprechen. In dieser Versammlung wurden drei Resorven gemacht und zwar die Kameraden Widenfänger, Eytgen und Schäfer. Als Bevollmächtigter wurde Stebler, als zweiter Bevollmächtigter Hiltsheld, als Kassierer Seeger, als zweiter Kassierer Schmittschloß und als Schriftführer Pfeiffer von der Versammlung gewählt. Als erste und zweite Deputierte können wir berichten, daß der Verein bereits 41 Mitglieder zählt. Wie werden eifrig bemüht sein, noch mehr Mitglieder für den Verband zu erlangen.

Offen. In der am 30. Juni tagenden Versammlung betonte zunächst Kollege R o h n s die Nothwendigkeit der Agitation in den umliegenden Ortschaften; er empfahl die Einberufung einer öffentlichen Versammlung in Oberhausen, um durch dieselbe eine Jobstelle des Verbandes zu Stande zu bringen. Kollege L e i b h a n war dagegen der Ansicht, daß am Orte selbst noch genug zu agitieren und organisieren sei, so daß an Weiteres nicht gedacht werden könne. Erst müsse dafür gesorgt werden, daß die selber unseren Bestrebungen nicht fernstehenden Kollegen dazu bewegen werden, nicht mehr 12—13 Stunden, wie solche auf den meisten Baustellen noch üblich, zu arbeiten, und daß die eifrigste Arbeitszeit eingeführt werde; erst wenn dieses geschehen, könne auch für die Umgegend etwas getan werden. Die Versammlung stimmte jedoch der Ansicht des Kollegen R o h n s bei und wurden die Einberufungsstellen bewilligt. Hierauf folgte Schluß der Versammlung.

Ulrich. Am 1. Juli fand die regelmäßige Mitglieder- versammlung im Saale des Schützenhauses statt. Auf Anregung des provisorischen Bevollmächtigten soll am nächsten Mittwoch eine Ertraberversammlung stattfinden, bezugs Besprechung einer Jobstättigkeit und Beschaffung über das Vorgehen gegen die Meister und Unternehmer. Ferner wurde bekannt gegeben, daß von den Nordhäuser Kollegen eine Landpartie arrangiert ist, wozu die Ulricher Kollegen, wenn sie die Partie mitmachen wollen, eingeladen sind. Hiermit wurde die Versammlung geschlossen.

Am Mittwoch, den 4. Juli, wurde die Ertraberversammlung abgehalten, wozu eine Rohntommißten gewählt wurde. Kollege

Reiß aus Nordhausen gab uns sodann einige Belehrungen, wie wir am besten zu unserem Ziele gelangen können. Die Versammlung wurde um 10 Uhr geschlossen.

Bauhandwerker.

Stwikan. Am 26. Juni c. hielten wir eine Versammlung für Bauhandwerker in Wilkau ab, in welcher Kollege C a f f e i n über die Nothwendigkeit der Organisation referirte. Obwohl die Versammlung schwach besucht war, erzielten wir dennoch den Erfolg, daß sich acht Kollegen in den Verband aufnehmen ließen.

Eine zweite Bauhandwerkerversammlung hielten wir am 1. Juli d. J. in Weißbach ab, woselbst gegen 100 Maurer und ebenfalls eine hübsche Anzahl Zimmerer wohnhaft sind. Kollege C a f f e i n referirte jedoch über obiges Schema, sowie über die Beschaffung der Handwerkszeugen der hiesigen Maurer in Gernitz. Einheitslich war die Bekanntmachung der Versammlung ungenügend, andererseits kam die zur Heuernte eingetretene günstige Witterung in Betracht, weshalb die Versammlung nur von ca. 20 Personen besucht war. Die Anwesenden erklärten ihr Einverständnis mit dem Referat und waren für Beschaffung der Handwerkszeugen, wünschlich jedoch eine regere Beschäftigung, und so deshalb am 22. Juli c. eine zweite Versammlung zu diesem Zwecke baselbst stattfinden.

Stuttensee.

Leipzig. Am 1. Juli tagte im Restaurant Epke, Seeburgstraße, eine öffentliche Versammlung der Stultenseer und verwandten Berufsge nossen Leipzig und Umgegend mit der Tagesordnung: 1. Bericht vom Zentralverband. 2. Lokalpresse. 3. Gewerkschaftliches. Im Punkt 1. berichtete der Bevollmächtigte vom Zentralverband. Die Einnahme vom letzten Quartal betrug M. 61,05, die Ausgabe M. 17,63, die Mitgliederzahl ist 3. 46. Die Resorven gaben bekannt, daß die Kasse in besserer Ordnung war. Kollege R n a d f u h verliest hierauf den Aufruf der Berliner Kollegen im „Grundstein“ Nr. 20 und die Erwiderung des Zentralverbandes in Nr. 23. Hierüber entspinnt sich eine längere Debatte, in welcher für und gegen den Aufruf der Berliner Kollegen gesprochen wurde. Kollege D u e l l m a n n ist für die Meinung, daß es auf die Form der Organisation nicht ankomme, es sei die Hauptsache, daß sich die deutschen Stultenseer einig sind und solidarisch handeln, was heute nicht der Fall sei. Kollege S c h ä f e r stellt folgenden Antrag: Die heutige öffentliche Versammlung der Stultenseer Leipzig und Umgegend beschließt, die Kameraden, welche die Berliner Kollegen einberufen wollen, zu beschließen, und hofft, daß auf diese Weise eine Einigkeit herzustellen ist. Dieser Antrag ist dem Zentralverband sofort zu übermitteln. Dieser Antrag wurde gegen drei Stimmen angenommen. Unter Anderem wurde gerügt, daß der Zentralverband in der Forderung der Abrechnungsschemata und Beantwortung der Briefe etwas nachlässig ist. Zum zweiten Punkt erhalt Genosse J. L p i n s k i das Wort. Neben gibt einen historischen Uebersicht über die Entstehung und Entwicklung der Presse, er kritisiert mit scharfen Worten die heutigen gegnerischen Blätter und weist darauf hin, welchen Werth dagegen für uns die Arbeiterpresse hat. Es ging folgende Resolution ein: Die heutige öffentliche Versammlung der Stultenseer von Leipzig und Umgegend erklärt sich mit allen Kräften für die Gründung einer eigenen Parteibrüderzeitung. Kollege R n a d f u h stellt den Antrag, den Vorstand zu beauftragen, die verfügbaren Gelder für selbigen Zweck mit anzulegen. Resolution und Antrag wurden einstimmig angenommen. Im dritten Punkt entspann sich eine längere Debatte, aus der hervorging, daß Abne und Akfordpreise heruntergegangen sind und immer noch mehr heruntergedrückt werden, was der heutigen Solidarität der Kollegen und dem flauen Werkstatzgang als Schuld beizumessen ist.

Krankenkasse.

Düsseldorf. Am Sonntag, den 1. Juli, fand die regelmäßige Mitgliederversammlung der Central-Krankenkasse der Maurer, Epstler u. v., hiesige Verwaltungsstelle Düsseldorf, mit schwacher Beteiligung der Mitglieder statt. Aus der stattgefundenen Wahl der Ortslichen Verwaltung ging Friedr. W i m m e r s, Maurer, mit 23 Stimmen als Bevollmächtigter hervor. Einmüthig wurde der bisherige Kassierer H i n r i c h S c h m i t t, Steinbauer, wiedergewählt. Zum Schriftführer wurde W i l h. S c h ä f e r und als Resorven D a r t e l s, W o n d o r f und P o h l gewählt. Im „Verstehenen“ wurde vom Kassierer in kurzen das mit dem 1. Juli in Kraft getretene neue Statut erläutert und richtete derselbe dann an die Versammlung noch das bringende Ersuchen, mit allen Kräften für Ausbreitung der Kasse hiesigen Orts durch Gewinnung neuer Mitglieder einzutreten. Des Ferneren wurde beschlossen, daß die bisherigen Versammlungen als Posttage bestehen bleiben, alle 3 Monate aber mit Quartalschluß soll eine ordentliche Versammlung stattfinden.

Eingekandt.

Kollegen Nachens!

Im August wird es ein Jahr, daß unsere Jobstelle besteht. Wenn wir uns nun die Frage vorlegen: „Gaben wir unsere Pflicht und Schuldigkeit getan?“, so muß die Antwort „nein“ lauten. Von den Ausgenommenen haben Verschiedene einige Wochenentzüge bezogen, und lassen sich dann den „Grundstein“ schon in's Haus bringen; ob dieselben ihn lesen, das ist eine andere Frage. Würde es der Fall sein, dann könnten sie nicht so tollfahl bornirt und dumm sein, ihre Interessen zu vernachlässigen. Die hiesige Ortsverwaltung ersucht nun die Kollegen, ihren Verpflichtungen gegen den Verband nachzukommen, andernfalls ihr Ausschuß erfolgt. Daß wir hier in Wochen mit einer großen Geldkaufen Masse zu thun haben, ist ja selber Thatsache, aber der aufgeregte resp. organisierte Arbeiter soll darum nicht die Sinne in's Korn werfen, wenn er nicht Leben sofort zur Vermuthung bringt, sondern dadurch nur den Kampf um so intensiver führen. Ueberläßt man sich aber einem Pessimismus, so ist natürlich die Sache verloren. Man hört auch wohl einmal die Antwort: „Die Zeiten sind schlecht, man verdient nicht und infolge dessen fällt es schwer, die Beiträge zu bezahlen.“ Ja, aber Kollegen, jeder Kampf erfordert Opfer, und man soll diese Opfer auch gern bringen, die eigentlich Steine zum Bau einer menschenwürdigen Gesellschaft einrichtung sind, bei dessen Mangel wir über unsere Kinder die Widobden von unsrer Arteln erhalten werden. Darum, Kollegen, greift wieder einmal für in die Speichen, damit der

Wagen, oder besser gesagt, unser Verband wieder etwas weiter kommt. Oder wollt Ihr Euch ganz unfertrigen lassen von der Dummheit, wodurch Ihr schließlich sowelt kommt, daß man, wenn Ihr Euch Euer Menschenrechte wahrden wollt, mit Schlägen droht? Und Ihr, die Ihr dem Verbands noch fern seid, vernehmt den Waderu, schließt Euch an, damit wir dem prologten Unternehmern bereit und geschlossen gegenüberstehen können und sagen: Auch wir sind Menschen und haben Bedürfnisse, deren Befriedigung uns vernünftigem auskommt. Darum her mit dem uns zukommenden Antheil der von uns herbegebrachten Güter und Rechte. Nichts ist unsfer Versammlungstol nur schon gefähigt worden durch die Antheit der Kollegen, welche gar nicht in die Versammlung kommen, jedoch schon, sage und schreibe, ganze drei Mann da waren. Die Ortsverwaltung hat infolge dessen unsere Mitgliederversammlung auf unbestimmte Zeit vertagen müssen; jedoch ist jeder Sonnabend Abend Paßhaben in der Wirtschaft von J o s. D e b e n, Alexanderstraße 109, wo dann auch der „Grundstein“ in Empfang genommen wird und eventuell neue Mitglieder aufgenommen werden. Darum Kollegen, nochmals, agitiert unter den Kollegen, verbreitet den „Grundstein“ an den Bauten und sucht Euch zu einer kompakten Masse zu formieren, und so, gerüstet zum Sturm, wird der Sieg auch einst Euer sein! Die Ortsverwaltung.

Gerihts-Chronik.

Ein Urtheil des Kammergerichts in Berlin in Betreff der Erhebungen von Eintrittsgeldern und Zellerksammlungen in öffentlichen Volksversammlungen ist von großer Tragweite, daß viele die Anzahl dieser Entschädigung wüthlich mittheilen. Derselbe lautet: „In der Strafsache gegen den Leberarzt Joseph Wäpfler zu Dortmund wegen Uebertretung der Polizeiverordnung des königlichen Regierungspräsidenten zu Arnberg vom 26. Juni 1890 hat auf die von der königlichen Staatsanwaltschaft gegen das Urtheil der Strafkammer II des königlichen Landgerichts zu Dortmund vom 23. Februar 1891 eingelegte Revision der Strafsenat des königlichen Kammergerichts zu Berlin in der Sitzung vom 14. Mai 1891 u. j. Recht erkannt, daß die Revision der königlichen Staatsanwaltschaft gegen das Urtheil der II. Strafkammer des königlichen Landgerichts zu Dortmund vom 23. Februar 1891 zurückzuweisen und die Kosten des Rechtsmittels der Staatskasse aufzuerlegen sind. Von Rechts wegen. Gründe: Die Revision der königlichen Staatsanwaltschaft, welche Besetzung der Polizeiverordnung des königlichen Regierungspräsidenten zu Arnberg vom 26. Juni 1890 durch Nichtanwendung der, kann nicht begründet nicht erachtet werden. Denn der Verwaltungsakt hat der gedachte Polizeiverordnung, welche die Erhebung oder Einhebung von Eintrittsgeldern oder Geldbeiträgen ohne Genehmigung der Ortspolizeibehörde in allen den Vorstufen des § 1 bzw. § 2 der Verordnung über die Befugnisse eines Polizeibehörden der Versammlungen, und Vereingungsrechts vom 11. März 1890 unterliegende Versammlungen bei Strafe verbotlich, ohne erschlichen Rechtsmittel, die gesetzliche Mithilfe abgelassen. Aus dem Verel in § 6 des vom 11. März 1890 und aus § 6 S. d. des Gesetzes über die Polizeiverwaltung kann die Befugnis zum Erlass einer solchen Polizeiverordnung nicht hergeleitet werden. Auch auf den § 19 des Gesetzes über die Polizeiverwaltung läßt sich dieselbe nicht stützen, weil in keiner Weise erkennbar gemacht ist, daß die besondern Verhältnisse der Regierungsbereichs Arnberg eine polizeiliche Regelung des Gegenstandes der königlichen Polizeiverordnung erfordern. Die durch den § 11 der Regierungss. Instruktion vom 23. November 1817 den Bezirksregierungen beigelegte Befugnis aber, allgemeine Verbote und Strafbestimmungen in Ermangelung eines bereits bestehenden gesetzlichen Verbots mit höherer Genehmigung zu erlassen, ist durch den § 14 des Gesetzes über die Polizeiverwaltung aufgehoben. Unter dem Gesichtspunkt der Ausschreibung öffentlicher Kollekten aufgelöst — eine Auffassung, welche jedoch erheblichen Bedenken unterliegt —, würden endlich die verbotenen Selbstsammlungen nicht von der Genehmigung der Ortspolizeibehörde, sondern nach § 11 St. 4 der Instruktion für die Oberpräsidenten der Provinz Westfalen abhängig gemacht werden dürfen.“ — Auch der Regierungspräsident von Arnberg hatte am 7. Juni 1891 dieselbe Verordnung in Bezug auf die Erhebung von Eintrittsgeldern und Zellerksammlungen erlassen, wie der Regierungspräsident von Arnberg und der Landrath Widenfänger. Der Landrath Widenfänger wegen Uebertretung der Polizeiverordnung unter Anklage gestellt, aber in drei Instanzen und mit der nämlichen Motivierung freigesprochen wie oben. Daß der Landrath Widenfänger keine Verordnung durch den Kreislag genehmigt sich, ändert an der Sache garnichts.

* Mainz. Das hiesige Schöffengericht sprach den früheren Kassierer der hiesigen Jobstelle des Metallarbeiter-Verbandes, Nikolaus Schulz, von der Anklage, den Verband um etwa M. 274 betrogen zu haben, frei und bewies den Verband auf den Weg der Hülfslage. Es konnte dem Angeklagten nicht bewiesen werden, daß er sich das Geld rechtshändig angeeignet habe, obwohl das Fehlen desselben konstatirt wurde.

* Verantwortliche Zeitungsboden. Nun kommen sie alle an die Reihe, die große Gehalt der Pressen, als da sind der verantwortliche Redakteur, der Herausgeber, der Verleger, der Drucker, der Metzger, der Korrektor und der — Zeitungsausdräger. Vor einiger Zeit waren in Münden eine Anzahl Korrektoren verurtheilt worden, weil sie Druckfehler verbreitet hatten, in denen Beilagen enthalten waren. Der Gerichtshof war der Meinung, daß ein Korrektor, bevor er ein Werk zum Drucke annehme, sich davon überzeugen müsse, ob nicht etwa in dem Anzahl etwas Schiefes zu finden sei. Mit den Korrektoren sind jetzt bezüglich der Intelligenz die Zeitungsausdräger vom D r e s d e n e r S c h ö f f e n g e r i c h t auf dieselbe Stufe gestellt worden. Auch hier gelangte der Gerichtshof zu der Ansicht, daß, wer eine Druckfehler verbreitet, den Anzahl derselben zunächst genau prüfen müsse. Es waren 41 Ausdräger des Dresdener sozialdemokratischen Parteiblattes angeklagt. In dem Besten an sich an der Spitze einer im Mai erschienenen Nummer ein Aufsatz befinden, in welchem ein Redakteur aufgeführt wurden; sein Nachschlagenbetriebe zu kritisieren. In dieser Aufzählung erwiderte das Gericht eine Berufungsverurteilung, die schon nach § 168 der Gewerbeordnung ein strafbar sei. Die Zeitungsausdräger hätten dieser Berufungsverurteilung keine Beibringung gegeben und dadurch großen Ansehens verlohren.

Die Angelegten wurden sämtlich verurteilt und zwar einer nach dem andern, bis dem man gleichfalls die erforderliche Einsicht als vorhanden annahm.

Die Proletariats-Kurde. Eine kostliche Vesebligungsklage wird nächstens in O. Br. zur Verhandlung kommen. Einer der vielen in der schlesischen Pensionopolis mit Vorliebe ihr Raubgeheiß verahrenden pensionierten Offiziere hatte nämlich in der Kurde mit 'Sie' in einem Schreiben, das nach Formular verfaßt ist und dem Offizier vom Magistrat zugegangen war, eine Ungehörigkeit erblidht, da er glaubte, daß er verlangen könne und auch bisher stets genossen gewesen sei, den jeder Bedörde nicht nur auf dem Briefumschlag mit 'Hochwohlgebornen' bezeichnet zu werden, sondern hier übrigens auch geschrieben war, sondern auch in dem Text der in ihn gerichteten Schreiben stets mit 'Ew. Hochwohlgebornen' angedeutet zu werden.

Wer wird begnadigt? Vor Kurzem wurde in P. a. n. i. B. ein Rosolantwaarenhändler, Schum mit Namen, welcher wegen Verfalls total verbordener Scheinbills zu acht Tagen Gefängnis verurteilt worden war, vom König begnadigt. Jetzt ist ein ähnlicher Fall zu verzeichnen. Herr Bernhard Sommer, in Firma Sommer & Haas, war wegen Betrugs zu drei Wochen Gefängnis und einer Geldstrafe verurteilt worden, weil er Sticker dadurch betrogen hat, daß er auf die W. A. R. weniger Stiche schrieb, als dieselben enthalten, um die Waare nicht zu sehr bräunen zu lassen. Jetzt ist der Mann ebenfalls durch die Gnade des Königs vor dem Gefängnis bewahrt worden!

Wohlfällige Arbeiterfürsorge. Aus dem Oberbezirksamt bezog Dortmund und wird berichtet:

Im hiesigen Bezirke sind in den meisten Orten von den Bergleuten und auch anderen Bergarbeitern geschlossene Gesellschaften gegründet worden, die, weil die Leute bei ihren Zusammenkünften nicht trocken sitzen wollen, einfach 'Trinkvereine' genannt werden. Wenn vielleicht bei manchen die Beschaffung von billigen und guten Getränken die Hauptsache sein mag, so ist zu erwägen, daß auch viele Kassen der besserer Gesellschaft nicht weiter sind, als gemüthliche Kneipkassen. Warum soll man den Arbeitern nicht ein Weiches gönnen? In den Augen vieler sind jedoch die Vereine der Arbeiter nichts als 'Bratstätten der Wölfe', die so schnell als möglich vom Erdboden zu vertilgen seien. Das ging nun nicht vorüber, da die Vereine nicht umhin konnten, anzuerkennen, daß die Gesellschaften ordnungsmäßig begründet seien und ein verschiebter Betriebsbetrieb nicht vorliege. Im Kreise S. r. d. wurde eine Polizeiverordnung erlassen, die geeignet schien, die Gesellschaften mit einem Schlag zu vernichten. Es wurde nämlich verlangt, sie sollten derartige Räume beschaffen, daß für jedes Mitglied mindestens ein Quadratmeter Freiraum vorhanden sei. Da manche Gesellschaft über 30 Mitglieder zählt, so war es gar nicht möglich, dieser Forderung nachzukommen. Es wurden nun eine Anzahl Vereinsvorsitzende wegen Verletzung ihrer Polizeiverordnung — die selbstverständlich nur im Interesse der Gesundheit der Leute erlassen war — bestraft. Das Kammergericht in Weis hat jedoch anders geurteilt, die Angelegten sind freigesprochen worden.

Auch eine Wohnung. In P. o. p. t. am es in einer Schöffengerichts-Sitzung zu einer interessanten Rechtsfrage: es handelte sich nämlich darum, festzustellen, ob ein Mann obdachlos sei oder nicht, welcher in einem unbenutzten Stiehbrennen wohnte. Da er sich denselben durch eine Bretterunterlage und ein darüber genageltes Dach so wohlthätig eingerichtet hatte, daß er sogar darin lagte, so würde von Seiten des Richters angenommen, daß der Brunnennimmer nicht als Wohnung angesehen sei.

Beziehendes.

Bezeichnung des Ulmer Münsters. Von Ulm wird berichtet, daß der im Jahre 1890 ausgebaute und feierlich durch das große Jubiläum eingeweihte 161 Meter hohe Münsterturm, welcher nach dem Heliensberg das höchste Bauwerk der Erde ist (Washington Monument 159 Meter, Kölner Dom 156 Meter, Pyramiden von Gizeh 151 Meter) vom 1. Mai d. J. ab besichtigt werden kann. Bis her waren die großen Erdhöhlen des Thurmes wenig sichtbar, weil Feld und Acker durch Gerste verdeckt waren, die zur Fertigstellung innerer Bauten nöthig waren. Jetzt aber sind die Gerste abgenommen und der ganze Thurm steht in überaus herrlicher Pracht und Größe da. Die nunmehrige Eröffnung dieser hervorragenden Sehenswürdigkeit wird eine besondere Anziehungskraft auf die Reisenden ausüben, den Strom derselben nach Ulm lenken und zur Bereicherung der alten Donaufahrt in ihre Reisepläne veranlassen. Das Ulmer Münster kann auf bequemen Wendeltreppen in drei Abflüssen bestiegen werden; jede derselben bildet einen Ruhe- und Aussichtspunkt; die untere Partie führt auf 889 Stufen vom Fuße bis zur Sternengalerie empor, die zweite auf 168 Stufen vom Beginn des Achtecks bis zum Helmanfang und die dritte auf 208 Stufen von hier bis zur obersten Gallerie unter der Kreuzkuppel. Die Gesamtanzahl der Stufen beträgt demnach 765; die Besteigung dauert 90 bis 40 Minuten. — Die Kreuzgalerie der Pyramide, welche noch etwa 10 Personen so fassen im Stande ist, befindet sich in der Höhe von 143 Metern 18 Meter unter der sich verjüngenden Spitze, während die Kölner Thürme nur auf die Höhe von 98 Metern bis zum Fuß der Helme bestiegbar sind und keinen freien Standpunkt gewähren. Von der Höhe des Ulmer Thurmes

hat man zunächst einen höchst eigenartigen Einblick in die alte Donaufahrt mit ihren engen Schiffen, ihren gewundenen Straßen, die Säulenumstellten Höfe und Gärten ihrer gotischen und Renaissancehäuser, die an alte, längstvergangene Zeiten mahnen; sodann dehnt sich vor den Blicken eine weite Landschaft über das Jülichthal, die Ebene von Oberhavel und die Alpen vom Saale bis zur Zugspitze aus, die bei klarem Himmel in ewigem Schnee erglänzen. Von der schwindelnden Höhe des obersten Kranzes blickt sich dem Besucher ein Bild von überraschender Großartigkeit, wie es gewiß nur wenige bevorzugte Punkte bieten, so daß man unwillkürlich in das Gebiet des Erhabenen versetzt wird. Dazu kommt noch, daß man beim Besteigen des Thurms, insbesondere des Helms, eine klare Einsicht in die architektonischen und mathematischen Verhältnisse des Baues erhält. Besonders hervorzuheben ist noch die Annehmlichkeit und Sicherheit der Wanderung. Es bestehen nämlich für den Fuß- und Rößler bis zum Kreuzkranz zwei verschiedene Wendeltreppen, jedoch die Fuß- und Absteigenden nicht zusammenzutreffen, Gedränge und Unannehmlichkeiten alle ausgeschlossen sind.

Eine Hochleistung vom Kaspiischen Meere bis zum Persischen Meerbusen zum Transport von Naphtha ist von dem russischen Berg-Ingenieur Ivanow geplant worden. Einen Vorgänger hat das Unternehmens bereits an dem Abtransport, der sich aus der nordamerikanischen Petroleumregion bis zu den Masserien bei Jersey City und bis zum Meer erstreckt und durch den täglich 16 000 Faß Öl wandern. Die geplante kausale Hochleistung würde freilich eine gewaltige Länge haben, nämlich über 800 Km., indem sie bis zur Mündung des Karun in den Schot el Arab geführt werden und durch umweglose, von wüsten Stimmen bewohnte Gebiete laufen müßte. Indessen sind die technischen Schwierigkeiten nicht unüberwindlich und auch die Sicherung des Rohrstranges erreichbar, da derselbe jedenfalls in den Boden gelegt wird, ähnlich wie dies auch in Nordamerika geschehen ist. Die Kosten des Unternehmens sind einschließend der notwendigen Hafenbauten auf rund 18 800 000 Rubel veranschlagt, die Betriebskosten auf etwas weniger als 4 000 000 Rubel jährlich. Ivanow berechnet, daß bei einer Schnelligkeit des fließenden Naphthas von vier Fuß in der Sekunde jährlich 100 Millionen-Pentner fortgeführt werden können. Dies ist drei Viertel der heute in den indischen Häfen verkaufen Naphtha, wovon bis jetzt nur etwa ein Viertel auf Ausfuhr entfällt. Die Ausfuhr der kausalischen Naphtha-Exportungen betrug 1891 bereits 170 Millionen Pentner, deren Transport zum größten Theil durch die transkaukasische Bahn geschieht, die aber damit auch an der Wrenge ihrer Leistungsfähigkeit angekommen ist. Bedenken gegen die Ausfuhrbarkeit des Ivanow'schen Plans bestehen nur insoweit, als Niemand dafür einsehen kann, daß die heutige Ertragsfähigkeit der kausalischen Brunnen noch auf eine lange Reihe von Jahren hinaus unvermindert erhalten bleibt. Auch ist es nicht unmöglich, daß die indischen Häfen mit der Zeit von Birma aus versorgt werden.

Literarisches.

Der Sozialdemokrat. Central-Wochenblatt der sozialdemokratischen Partei Deutschlands (Erscheinung in Berlin SW, Reuthstraße 2). Zu beziehen durch alle Zeitungsverleger. Das Abonnement beträgt durch die Post oder in Berlin durch die Zeitungsverleger pro Quartal M. 1,20, unter Kreuzband M. 1,80.

Die Nr. 23 vom 5. Juli ist hauptsächlich den Auseinandersetzungen mit der anarcho-sittlichen Bewegung gewidmet und hat folgenden Inhalt: Wochenplan. — Sozialdemokratische Pressefimmen zum Honorarintendant: Ausland, Inland. — Aus Holland. — Christlicher Anarchismus. — Anarchistenkatholiken. — Besancon: Anarchismus und Sozialismus IV. — Dr. Wille's Philosophie der Besten. — Gewerkschaftliches. — Literatur.

Von der 'Neuen Zeit' (Stuttgart, J. S. W. Diez Verlag) ist heute das 40. Heft des 12. Jahrganges erschienen. Aus dem Inhalt heben wir hervor:

Die Vorgänge in Frankreich. — Mann und Weib. Von Dr. Hope H. Adams-Waltzer. (Schluß). — Auf nach Washington! Von G. A. Soehn. — Briefe aus England. — Notizen: Wie soll auf den internationalen Arbeiterkongress abgesehen werden? Zur Welter- und Bagdadfrage. — Feuilleton: Von Unten nach Oben. Eine Novelle von Karonin. Freit nach dem Aufstehen.

Sozialpolitisches Centralblatt. Herausgegeben von Dr. Heinrich Braun, Carl Heymann's Verlag, Berlin W, Mauerstraße 44. Jeden Montag erscheint eine Nummer. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen und Postämter. Preis vierteljährlich M. 2,50. Einzelnummern 20 A. Erschienen ist Nr. 41, 8. Jahrgang.

„Die Jesuitenfrage“, eine politische geschichtliche Abhandlung zur Aufklärung des arbeitenden Volkes von F. Büttgenau, Redakteur der Rhein-Westfäl. Arbeiter-Zeitung in Dortmund, 84 Seiten, broschirt, Preis 40 A. Verlag von G. Stomke, Diersfeld.

Die Schrift drückt vom sozialdemokratischen, geschichts-materialistischen Standpunkte mit voller Unparteilichkeit die religiöse und politische Wirklichkeit, wie die Materialisten der Jesuiten (u. A. auch) was den Satz betrifft: der Zweck heiligt die Mittel). Ohne das Büttgenau mit den Grundfragen und Zielen des Ordens im Mindesten übereinstimmt, weist er doch nach, daß die Angriffe der Kulturkämpfer auf denselben meist einer oberflächlichen ideologischen Gesichtsauffassung entspringen, und kommt zu dem Ergebnisse, daß der Kampf des Ordens nicht dem nur noch wenig lebensfähigen Protestantismus, sondern dem modernen Sozialismus gilt. Daher sollte billigerweise eigentlich die Zustimmung der Sozialisten für die Aufhebung des Jesuitengesetzes den Ausschlag geben. Der Sozialismus wird den Kapitalismus und den Klassenstaat bestreiten, gleichviel ob diese die Jesuiten als Bundesgenossen herbeirufen oder nicht. Die gebanvertheilte und aktuelle Schrift verdient die weiteste Verbreitung.

Reisehandbuch für wandernde Arbeiter. Mit einer Eisenkarte und zwei Orientirungskarten. 16 Hogen Oktav. Preis gebunden (in Lederband) M. 1,50. Verlag von J. Schöner in Hagenberg, Raststraße 1. — Enthält über 3000 Reiseorten in Deutschland, Desterreich-Ungarn, Schwed., Frankreich, Italien

und Holland, mit genauer Angabe der Ortsentfernungen in Kilometern, nebst alphabetischem Ortsregister. Können aber die bedeutendsten Städte und Orte, betreffend ihre Einwohnerzahl, hauptsächlichsten Industrien ac. zc. — Dieses Buch soll nicht nur dem reisenden Arbeiter ein treuer Wegweiser sein, sondern es soll auch diejenigen Gewerkschaften, welche an ihre Mitglieder Reiseunterstützung zahlen, in den Stand setzen, die von den Reisenden zurückgelegten Strecken genauer und schneller berechnen zu können als bei den vorhandenen Hilfsmitteln möglich war. Außerdem darf das Buch zugleich als das bisher vollständigste Tourenbuch für Stadtfahrer bezeichnet werden. — Zu beziehen gegen vorherige Einzahlung des Betrages (auch in Briefmarken) durch den Verlag und durch alle Buchhandlungen.

Briefkasten.

Der diesmahligen Sendung des „Grundstein“ liegt für die Bewohnlichen resp. Vertrauensmänner die Nr. 28, 4. Jahrgang, des „Correspondenzblattes“ der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands bei.

Die Expedition des „Grundstein“.

München, G. Wie Sie lesen, in dieser Nummer erledigt.

Zentral-Verband der Maurer Deutschlands und verwandten Berufsge nossen.

Sitz Hamburg.

Bekanntmachung.

Die in den neugegründeten Poststellen Groß-Ottersleben, Marie und Wittenberge gewählten drücklichen Verwaltungen und der in der Poststelle Müllers i. W. gewählte Bevollmächtigte sind vom Vorstand bestätigt.

Zur besonderen Beachtung für die drücklichen Verwaltungen.

Vom 1. Juli ab werden bei Neuaufnahmen nicht mehr die alten, sondern nur neue Mitgliedsbücher verwandt.

Die übriggebliebenen alten Bücher sind umgehend an die Hauptkasse einzufenden.

Dieserigen Mitglieder, deren Buch abläuft, erhalten unentgeltlich ein neues ausgefüllt.

In das neue Buch ist Name und Gewerbe des Mitgliedes, sowie Geburtsdatum und Datum des Eintritts, wie in dem alten Buch angegeben, abzutragen.

Um die Bücher besonders erkenntlich zu machen, werden an Stelle der Quittungsmarken für Beitragsgeld Marken mit der Aufschrift: „Ersatz für ein abgeliefertes Mitgliedsbuch“ eingeklebt. Außerdem wollen wir noch bemerken, daß die Mitglieder, welche ein neues Buch an Stelle des abgelieferten erhalten, nicht die alte Nummer, sondern eine solche aus der neuen Nummernreihe erhalten.

Außerdem machen wir die Mittheilung, daß der Vorstand, um alle Zahlstellen zu befriedigen, das Protokoll über die Verhandlungen des zweiten Verbandstages in zweiter Auflage hat herstellen lassen.

Wir eruchen die drücklichen Verwaltungen, den weiteren Bedarf aufzugeben.

Der Vorstand.

S. A.: Th. Bümelburg, Vorsitzender.

In der Zeit vom 8. bis 10. Juli sind folgende Beträge bei der Hauptkasse eingegangen:

Von der drücklichen Verwaltung in Breich M. 82, Baumgarten 31,6, Stuttgart 58, Berlin I 650, Albenrecht 89,50, Oberberg l. d. W. 7,68, Stade 85, Bergedorf 98,12, Geseckmünde 164,13, Dresden 180, Dackmund 87,78, Jachow 40, Essen a. d. R. 88, Herten 17,90, Nienstedten 45, Bremen 188,88, Wandersb. 65, Hannover 22,72, Hannover 100, Schwedt a. d. O. 80, Lübeck 178,52, Berlin l. d. W. 50, Seide 28, Benzlin 83,28, Culin 68,68. Summa M. 1883,70.

Hamburg, den 10. Juli 1894.

F. Küster, Neue Breitstraße 19, 2. Et., Hamburg-St. Georg.

Anzeigen.

Zentral-Krankenkasse der Maurer, Gipsler (Weißbinder) und Stukkateure Deutschlands, „Grundstein zur Einigkeit“.

Oertliche Verwaltungsstelle Berlin.

Ordentliche Mitglieder-Versammlung am Sonntag, den 22. Juni 1894, Vorm. 10 Uhr, in der Berliner Resourcer, Rohnmühlendammstraße 57. Tagesordnung: 1. Abrechnung des Kassiers vom 2. Quartal 1894 und Bericht der Revisorin. 2. Bericht über die Stimmzettelführung bei der Delegirtenwahl am 8. März 1894. 3. Wahl des ersten Bevollmächtigten des zweiten Kassiers, des ersten Schriftführers und eines Revisorin, event. Wahl eines Kassierers für W. A. Innere Klassenangelegenheiten. 4. Einlage der Schwerden gegen die drückliche Verwaltung. NB. In dieser Versammlung ist das Wahlvermög von 1. März 1894 verpfändet zu erscheinen. Das Mitgliedsbuch legitimirt. [M. 8,16] Die drückliche Verwaltung.

